

Kaukasische Post

Ercheint jeden Sonntag

Preis der Einzelnummer in Tiflis 10 Kop., auswärts 12 Kop.

Bezugspreis in Tiflis: 5 Rub. jährl., 2 Rub. 50 Kop. halbjährl., 1 Rub. 25 Kop. vierteljähr. Mit Zustellung durch die Post: 6 Rub. jährl., 3 Rub. halbjährl., 1 Rub. 50 Kop. vierteljähr.

Anzeigen: Die dreigespaltene Zeile oder deren Raum kostet: vor dem Text 20 Kop. hinter demselben, d. h. im Anzeigenteile 10 Kop. Bei Wiederholung wird Rabatt gewährt.

Annahme von Bezugsgeldern u. Anzeigen: Tiflis, in der Redaktion.

Von Bezugsgeldern außerdem:

1. v. Bobileff, Lampenhandlung am Alexander-garten.
2. Auffermannsche Niederlage, bei Herrn Schröder Sandstraße.

Die Redaktion befindet sich Golowinsky Prosp. № 12, Haus Mdivani, im Hofe.

Sprechstunde der Redaktion täglich von 6—7 Abends.

Annahme von Bezugsgeldern und Anzeigen:

Wladislawka, bei Frau Elisabeth Seidel, Apothekehandlung d. Herrn G. Seidel. Baku, bei Herrn Karl Mader.

N^o 23.

Sonntag, den 19. November (2. Dezember) 1906.

1. Jahrgang.

Inhalt: 1. Politische Rundschau; (Inland und Ausland) 2. Nachrichten aus dem Kaukasus; 3. Aus den Kolonien; 4. Deutscher Bildungsverein an der Wolga; 5. Landwirtschaft und Gartenbau; 6. Handel und Gewerbe; 7. Literatur und Kunst; 8. Neue Bücher; 9. Aus aller Welt; 10. Vermischtes; 11. Was der Hannes erzählt hat; 12. Kirchliche Nachrichten; 13. Briefkasten.

Der Bezugspreis der „Kaukasischen Post“

beträgt in Tiflis

| | |
|-------------------------|--------------------------|
| für 1 Monat R. — K. 50. | für 6 Monate R. 2 K. 50. |
| „ 2 „ „ 1 „ — | „ 12 „ „ 5 „ — |
| „ 3 „ „ 1 „ 25. | |

Auswärtige zahlen außerdem für jedes Vierteljahr 25 Kopfen Postporto.

KLINIK für Zahn- und Mundkrankheiten

bei der zahnärztlichen Schule

der Doktoren Nestonow und Sifejew.

Tiflis, Michailowsky Prosp., 126, Ecke der Krylowskaja.

Empfang der Kranken täglich von 9—3 Uhr, Sonntags von 9—12 Uhr. Konsultation und Zahnziehen 20 Kop. Plomben von 50 Kop. bis 1 Rub. Künstliche Zähne auf Kautschukplatten 1 Rub. pro Zahn. Andere Operationen nach Uebereinkunft. 40—12

Dr. Leon Ogandschanoff

(spricht auch deutsch).

Spezial-Arzt für Syphilis, Harn-, Blase-, Haut- und venerische Krankheiten.

Sprechst. Vorm. 9—11; Nachm. 6—8. Sprechst. für Damen u. Kinder 11—12. Kadetten-Str. 2. (Ecke des Golowinski-Prospett). 0—12

Deutscher Verein in Tiflis.

Sonnabend, den 18. November 1906.

Herr und Frau Schweppermann

Kom. in 1 Akt.

Entree für Mitglieder frei. Gäste zahlen: Herren Abl. 1. 10,

Damen 55 Kop.

Der Vorstand.

„Rigaleche Zeitung“

1778—1889.

Vom 2. Januar 1907 ab erscheint wieder im Verlage

der

Müllerschen Buchdruckerei

die

„Rigaleche Zeitung“

Politische Rundschau.

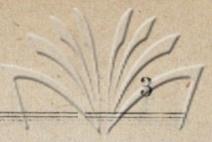
Inland.

Zur äußern Lage.—Im Vordergrund des Interesses steht unter allen Ereignissen im Auslande, welche sich auf Rußland beziehen, die Erklärung des Reichskanzlers Bülow in der Sitzung des Reichstages vom 1. November über das Verhältnis Deutschlands zu Rußland. Zunächst spricht er von der traditionellen Freundschaft beider Staaten; noch nie aber, soweit er, Redner, zurückdenken könne, seien die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland so normal, so ruhig und so korrekt gewesen, wie jetzt. Die häufigen Begegnungen zwischen dem deutschen Kaiser und dem russischen Monarchen hätten zur Aufrechterhaltung des gegenseitigen Vertrauens viel beigetragen; dieses erscheine als die beste Bürgschaft für den europäischen Frieden; jedenfalls seien nun die früheren Schatten des Mißtrauens und der Unzufriedenheit geschwunden; beide Herrscher sind jetzt gegenseitig von ihren friedlichen, freundschaftlichen und loyalen Absichten überzeugt. Die Behauptung, daß Deutschland an einem Übereinkommen beteiligt sei, das der Entstehung eines selbständigen Polens entgegenwirken solle, weist der Reichskanzler als eine müßige Erfindung zurück. Alle Gerüchte über eine deutsche Einmischung in innerussische Angelegenheiten, sowie auch über Vereinbarungen mit ausländischen Regierungen oder ausländischen Höfen diesbezüglich seien falsch. Auch bei den Begegnungen der beiden Monarchen sei die innere russische Politik nie zur Sprache gelangt, insbesondere nicht im Sinne reaktionärer Ratschläge von deutscher Seite. Deutschland wolle keineswegs die Rolle von Gendarmen spielen. Deutschland wünsche, daß die russischen Angelegenheiten einen Verlauf nähmen, der es Rußland ermögliche, durch gemeinsame Arbeit der Regierung und des Volkes eine Großmacht und eine einheitlich gefestigte Macht zu bleiben, denn ein innerlich starkes, gesundes Rußland sei ein wertvoller Faktor zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts und des Friedens in Europa. In die inneren Angelegenheiten Rußlands werde sich Deutschland auch in Zukunft nicht einmischen.

Aus Paris wird mitgeteilt, daß der sozialistische Abgeordnete Meslier eine Interpellation ankündige, in welcher er den Finanzminister befragen wolle, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenke, um der für das französische Nationalvermögen gefährlichen Tätigkeit ein Ende zu machen, welche die französischen Kreditinstitute aus Anlaß der russischen Anleihen entfaltet haben. Auf die Antwort des Ministers kann man gespannt sein.—Den Botschafterposten in Paris soll demnächst Graf Witte einnehmen, wie die russischen Blätter zu berichten wissen, während jener erklärt, daß durch sein vorzeitiges Eintreffen in St. Petersburg sein Befinden sich so weit verschlimmert habe, daß er unbedingt in allernächster Zeit sich gezwungen sehen dürfte, den Süden aufzusuchen. Amtlich verlautet über einen Wechsel in der diplomatischen Vertretung Rußlands in Paris noch nichts.

Zur inneren Lage.—Das in Nr. 19 unseres Blattes erwähnte Projekt über Aufhebung des Gemeindebesitzes, des sogenannten „Mir“ ist am 9. November Allerhöchst bestätigt worden. Das Gemeindefland soll nunmehr vom 1. Januar kommenden Jahres zu Verteilung unter die

Bauernschaft gelangen, wobei die Bauern sofort (Eigentümer) des ihnen zugewiesenen Landes werden. Es ist zu erwarten, daß durch diese Reform der Wohlstand der russischen Bauernschaft erhöht werden wird.—Im Ministerrat wurde der Gesetzentwurf über die Dauer des Arbeitstages der Angestellten in den Handelsunternehmungen, Niederlagen und Kontors durchgesehen und gutgeheißen. Danach darf der Arbeitstag nicht mehr als 12 Stunden ausmachen, worin 2 Stunden Mittagspause inbegriffen sind. Durch eine entsprechende Verfügung der städtischen und landschaftlichen Selbsterwaltungsorgane kann die Arbeitszeit der bei ihnen Angestellten um 2 Stunden verlängert werden, aber nicht häufiger als an 40 Tagen im Jahre. Der Verkauf geistiger Getränke darf nicht länger als 15 Stunden pro Tag dauern.—An den Ministerrat ist zur vorläufigen Beratung das Projekt über die Einführung des Instituts der juristischen Beihilfe während der Voruntersuchung gelangt, welches seitens des Justizministeriums für die Reichsduma vorbereitet worden ist. Bis dahin konnte der Angeklagte sich einen Rechtsbeistand erst während der Verhandlung der Sache im Gericht selbst wählen. Es braucht nicht näher erörtert zu werden, von wie großer Wichtigkeit die geplante Neuerung für den sachgemäßen Gang der Vorverhandlung ist; unnütze Prozeß-Verschleppung, mit andauernder Untersuchungshaft verbunden, dürfte in Zukunft dank der Fürsorge eines Verteidigers des Angeklagten zur Unmöglichkeit werden.—Die Eröffnung von 24 neuen Apotheken in Petersburg ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden, bis der Senat die Klage der Apotheker entschieden haben wird, welche dem Ministerium des Innern das Recht abstreiten, die Ordnung und Bedingung des bestehenden Konzessionsystems der Eröffnung von Apotheken abzuändern.—Betreffend die Wahlen in die Reichsduma sind vor allem noch folgende auf die Beschränkung des Wahlrechts abzielende Verordnungen und „Erklärungen“ zu vermerken. Laut Allerhöchstem Befehl vom 29. Oktober d. J. ist es Militärpersonen untersagt, dem Verbands irgend welcher politischen Partei beizutreten oder Versammlungen beizuwohnen, in denen politische Fragen erörtert werden, sowie an gegen die Regierung gerichteten Agitationen teilzunehmen. Alle Offiziere und Zivilbeamte der Militärverwaltung, die gegen diese Bestimmung verstoßen, können im Disziplinarwege aus dem Dienste entlassen werden. Ebenso sollen alle Kommandeure mit der Dienstentlassung bestraft werden, wenn sie in Kenntnis dessen, daß ihre Untergebenen gegen diese Bestimmung verstoßen haben, nicht sofort Maßnahmen getroffen haben, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.—Der Hl. Synod hat, wie die „Uten. Putschta“ meldet, den Bischöfen vorgeschrieben, sie sollen den Geistlichen kundgeben, daß die Zugehörigkeit zu einer Partei unvereinbar sei mit dem geistlichen Amt. Geistliche dürften nur um ihrer sittlichen Qualitäten willen, nicht aber wegen einer bestimmten politischen Haltung in die Reichsduma gewählt werden. Schließlich wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Geistlichen nicht, wie es bei den früheren Wahlen geschehen, ihre Stimme regierungsfeindlichen Kandidaten geben.—Bezüglich der Berechtigung der Arrendatoren und Gutsverwalter an den Wahlen in den Kreis-Wähler-Versammlungen teilzunehmen, teilt der Minister des Innern in einem Zirkular an die Gouverneure mit, daß laut dem Art. III. des Allerhöchsten Erlasses vom 11. Dezember



1905 nur diejenigen Arrendatoren und Gutsverwalter in die Wählerlisten aufzunehmen sind, die Vollmachten oder Kontrakte vorstellen, die direkt mit den Landbesitzern selbst über die Pacht, resp. Verwaltung eines Gutes abgeschlossen sind, nicht aber solche, die als Subarrendatoren oder Verwalter von Arrendatoren fungieren, wie solches bei den letzten Wahlen in verschiedenen Ortshschaften des Reiches vorgekommen ist.—Gleich den im Staatsdienst stehenden Beamten, denen es verboten ist, irgend einer „regierungsfeindlichen Partei anzuhören, sind nunmehr auch die Landtschaftsbeamten verpflichtet worden, sich entweder ihrer „regierungsfeindlichen“ politischen Auffassung zu entschlagen oder den Dienst aufzugeben. Zu dieser Kategorie zählen auch alle bei der Semstwo angestellten Agronome, Aerzte, Veterinäre, Statistiker u. s. w. Dem „Nowy Puty“ zufolge erstreckt sich diese Beschränkung auch auf die vereidigten Rechtsanwälte und ihre Gehilfen.—Post- und Telegraphenbeamte, welche im vorigen Jahre wegen des Streiks entlassen, später aber wieder angestellt wurden, sollen derselben Quelle zufolge überhaupt nicht wahlberechtigt sein, weil seit ihrer Wiederanstellung noch kein Jahr vergangen ist.—Ob aber durch alle diese Maßregeln der Zweck, den die Regierung offenbar verfolgt: Schaffung einer ihr wohlgesinnten Reichsduma, erreicht werden wird, bleibt fraglich. Interessant sind in dieser Hinsicht die Berichte der Gouverneure über die politische Haltung der Bauern im Reich. Diesen ist zu entnehmen, daß das Dorf mit der Regierung nicht sympathisiert. Im Wolga-Gebiet hat, laut den Berichten der Gouverneure, die regierungsfeindliche Agitation viele Anhänger, doch kann die Polizei dieser Unterströmung, die sich bis in die Familienkreise erstreckt, nicht beikommen.—Die Redner des soz.-revol. Parteitages, welcher unlängst in Fimland tagte, behaupten, daß z. B. im Gouv. Kasan ein Drittel der Bauern organisiert und die Partei zu unterstützen bereit sei. Ähnlich lägen die Dinge in den Gouvernements Sjarara, Sjaratow, Wladimir, Moskau, Drel, Pensa, Tambow, Kursk, Taurien, Zekaterinoslaw und im Kuban-Gebiet. Dagegen sei in den Gouv. Simbirsk, Nowgorod, Kijew, Podolien die Haltung der Bauern durchaus nicht kampfbereit, die Bauern verhalten sich im allgemeinen indifferent zu den politischen Fragen. Die monarchistischen Parteien wirken namentlich in den zentralen Gouvernements, aber ohne großen realen Erfolg. Sie nehmen jeden, der nicht ihr ausgesprochener Gegner ist, in ihre Listen auf und renommieren dann mit ihren langen Listen. Es sei aber nicht viel auf die so gewonnenen Mitglieder zu zählen.

Zu den voraussichtlichen Wahlverträgen der Parteien liefert der „offene Brief Plechanow's an die organisierten Arbeiter“ — (Plechanow ist Führer der sozialdemokratischen „Minoristen“) eine bedeutame Handhabe, indem durch denselben ein Wahlkartell zwischen der Proletariierpartei und den oppositionellen bürgerlichen Parteien überall dort befürwortet wird, wo die Kandidaten jener ohne fremde Unterstützung keine Aussichten haben, in die Reichsduma zu gelangen und wo eine „unversöhnliche“ Haltung der Proletarien zu allen bürgerlichen Parteien einen Wahlsieg der reaktionären Elemente zur Folge haben könnte. Dem Bloc der rechten Parteien (siehe „Inland“ in der vorigen Nummer) soll also tatsächlich eine Vereinigung aller die Opposition bildenden Parteien zu Wahlzwecken gegenüber ge-

stellt werden. Der vom Standpunkt der Opposition her empfindenswerte Vorschlag Plechanow's findet die allgemeine Zustimmung der links stehenden Presse. So bezeichnet der „Towarischtsch“ denselben als ein „Ereignis von großer allgemeiner Bedeutung“, um dann fortzufahren: „Die ganze russische Demokratie muß sich zum Kampf mit der heranrollenden Woge grober Reaktion verbünden. Hierbei darf sie sich nicht durch die bestehenden Meinungsverschiedenheiten, so groß sie auch sein mögen, irre machen lassen. Weder die Sozial-Revolutionäre, noch die Sozialdemokraten, noch die Kadetten haben Veranlassung zu glauben, daß hinter ihnen die Mehrheit des Volkes steht... In Anbetracht dessen ist ein Wahlkartell sowohl notwendig wie möglich.“—Die konstitutionell-demokratische „Netsch“ druckt den Brief Plechanow's ab, indem sie unter Betonung der Richtigkeit der von ihm angestellten Erwägungen darauf hinweist, daß sie derartige Kartellverhältnisse zwischen Parteien, die gewillt sind gegen das alte Regime anzukämpfen, schon früher empfohlen habe.—Auch die der „Partei der demokratischen Reformen“, deren ausführliches Programm soeben veröffentlicht worden ist, ein Programm, welches sich mit demjenigen der übrigen demokratischen Parteien im großen ganzen deckt, nahestehe „Strana“ begrüßt den Aufruf Plechanow's zum „Kampf um ein Ministerium, welches das Vertrauen der Reichsduma genießen würde,“ mit unverhohlener Freude, indem sie unter anderem ausführt: „Werden Verhältnisse geschaffen werden, in denen die Durchführung irgendwelcher fortschrittlichen Reformen möglich ist, oder wird alles beim Alten bleiben? Vor dieser Frage müssen die Streitigkeiten zwischen unseren oppositionellen Parteien verstummen, da die Vorbedingung für einen parlamentarischen Kampf um die Durchführung dieser oder jener Plattform die Organisation einer dem Willen des Parlaments unterstellten Exekutiv-Gewalt sein muß. Die Augencheinlichkeit dieser Vorbedingung ist die beste Bürgschaft dafür, daß die jetzt überall auftauchenden Betrachtungen über Wahlkartells nicht leere Worte bleiben werden.“—Der Nachricht der „Now. Wremja“, daß die konstitutionell-demokratische Partei bereits in ein Kartellverhältnis zur sozialdemokratischen Partei, zunächst allerdings nur in St. Petersburg selbst, getreten sei, durch welches ersterer 5 Mandate, der letzteren aber 4 Mandate zukämen, ist freilich von den „Kadetten“-Blättern widersprochen worden. Es scheint sich dabei jedoch nur um ein zeitweiliges Manöver zu handeln, um nicht auf der Seite Verstimmung hervorzurufen, von welcher man in letzter Stunde doch noch Anerkennung erhofft. Es verlautet nämlich, daß der Ministerpräsident Stolypin dem Ex-Minister Ruttler, einem der Führer der konstitutionell-demokratischen Partei, unlängst den Rat gegeben habe, letztere möge noch einmal um die Bestätigung ihrer Statuten einkommen, wobei freilich der Namen der Partei geändert werden müßte. Sollte aber auch dieser letzte Versuch die Legalisierung zu erlangen scheitern, so glauben wir, daß ein Zusammenschluß der demokratischen mit den sozialen Parteien unabwendbar wäre. Welche Folgen ein solcher aber hinsichtlich des Ausfalls der Wahlen und des Charakters der zweiten Duma zeitigen müßte, läßt sich nicht schwer voraussagen, denn unterlagen die „Oktobristen“ und ihre noch weiter nach rechts stehenden Verbündeten schon bei den vorigen Wahlen, ungeachtet dessen, daß die sozialen Parteien zum größten Teil an denselben gar nicht teilgenommen hatten, um wie vieles ungleichmäßiger wäre der Kampf zwischen den Rechten und de-

Linken jetzt erst, wo Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel ins Feld führen werden, als treue und zielbewusste Bundesgenossen der „Kadetten“?!— Zwischen den beiden sich gegenseitig bekämpfenden Parteigruppen wird sich dann in wahrscheinlich glänzender Vereinsamung die „Gesellschaft der friedlichen Erneuerung“ befinden, die, wie die „Now. Wremja“ bissig bemerkt, ganze 26 Mitglieder zählt, von denen die eine Hälfte zum Heyden'schen, die andere aber zum Schipow'schen „Flügel“ gehört. Übrigens bringen die „Birsh. Wjedomosti“ einen Artikel des Fürsten Eugen Trubezkoi, in welchem er seine Sympathie für die rechten Kadetten und die Partei der demokratischen Reformen betont und von der Möglichkeit eines Zusammengehens bei den Wahlen mit der letztgenannten Partei spricht. Das bedeutete aber so viel, wie das Eingehen eines Kartellverhältnisses mit den oppositionellen Parteien überhaupt.— Am 5. November fand die erste organisatorische Versammlung der Partei der friedlichen Erneuerung unter dem Vorsitz des Grafen Heyden statt. Es wurden Revierkomitees in Petersburg gebildet, an deren Spitze Lamanskij, der Advokat Golewskij u. a. gestellt wurden.— Noch eine Vereinigung von Verbänden muß erwähnt werden, deren Initiatoren die früheren Mitglieder des Zentralbüros des Verbandes der Verbände sind: Die Vereinigung professioneller und professionell-politischer Verbände, deren Komitee unlängst die konstituierende Versammlung abgehalten hat. Dieser Verband nimmt aber keine allgemeinpolitische Plattform an. Das Komitee verfolgt die Infor-mierung und Erleichterung der Beziehungen zwischen den Verbänden, die gegenseitige Unterstützung, die Harmonie der Tätigkeit der einzelnen Verbände und hat nicht das Recht, den Verbänden die Direktive zu geben. Dem Komitee sind bis jetzt die Verbände der Mittelschullehrer, der Volksschullehrer, der Ingenieure, der Eisenbahnangestellten und der Frauenrechtler beigetreten.

Da wir schon mal bei den Wahlen sind, dürfte es unsere Leser interessieren zu erfahren, wie das Wahlrecht der Frauen in Finnland gegenwärtig zum Ausdruck gelangt. Der „Revaler Zeitung“ wird diesbezüglich geschrieben, daß es gar keinem Zweifel mehr unterliegt, daß bei den kommenden Landtagswahlen die Frauen das ausschlaggebende Wort zu sprechen haben werden. Beispielsweise hat das Gouvernement Ny-land, mit Ausschluß der Stadt Helsingfors, nach den vorliegenden Erhebungen im ganzen 104,833 wahlberechtigte Personen aufzuweisen, von denen 50,428 männlichen und 54,405 weiblichen Geschlechts sind. Daß dieses Verhältnis durch Zuzählung der Helsingfors'er Wähler eine Wandlung zu Ungunsten der Frauen erfahren wird, ist nicht anzunehmen, da beispielsweise in einem städtischen Wahlkreise, dessen Daten bekannt sind, auf 875 wahlberechtigte Männer 1007 Frauen kommen. In den übrigen Gouvernements werden die Verhältnisse wahrscheinlich ähnlich oder noch ungünstiger für die Herren der Schöpfung liegen.

Die „Strana“ brachte vor einiger Zeit eine Statistik der Opfer der revolutionären Bewegung während eines Jahres (v. 17. Okt. 1905 bis zum 17. Okt. 1906). Derselben ist zu entnehmen, daß die meisten Opfer der Sünden zu verzeichnen hat, dann die beiden Residenzen, das Zartum Polen, die baltischen Provinzen, der Kaukasus, Sibirien und schließlich das Nordwestgebiet.— Die Zahl der Agrarunruhen wird mit 1629

angegeben. Dörfer und Gutshöfe wurden in 228 Fällen in Brand gesteckt. Gewalttätig sind Störungen des Verkehrs auf den Eisenbahnen in 74 Fällen durchgesetzt worden. Raubüberfälle wurden gegen 2 tausend registriert. Bomben gegen Amtspersonen sind in 144 Fällen geworfen worden. Überhaupt sind von den Vertretern der Exekutivgewalt zu Schaden gekommen: Soldaten und Kosaken 750, dann 452 Polizisten und Landgendarmen, 226 Polizeipristaw's, Revieraufseher und Urjadnik's, 123 Zivilbeamte, 109 Offiziere, 96 Gendarmen und Geheimagenten 81 Generalgouverneure und andere höhere Vertreter der Amtsgewalt, 60 Chefs der Kreispolizei, 33 Gouverneure und höhere Gendarmeriebeamte. Verhaftungen „Politischer“ sind nach der „Strana“ 23,741 vorgenommen worden. Diese Angabe ist aber von der Regierung für übertrieben erklärt worden. Nach ihrer Berechnung sind in den Verbannungsorten nicht mehr als 2—3 tausend Personen eingetroffen.— Die „Desjaer Zeitung“ brachte nämlich, nach den Daten des Petersburger „Komitees zur Unterstützung der durch Pogrome in Rußland Geschädigten“ eine Statistik der Pogrome, welche in dem letzten Jahre, einschließlich Bjelostok, stattgefunden haben. Danach sind Pogrome in 633 Orten vorgefallen, unter denen gegen 66 tausend Familien zu Schaden gekommen sind: Ermordet wurden 937, verwundet 1244. Der Vermögensschaden wird mit 63 Millionen Rbl. angegeben.— Der Name Gapon tritt wieder in der Presse hervor. Die Zeitung „Ssegodnja“ berichtet, daß die Untersuchung in dieser Sache rührig fortgesetzt werde und eine Menge Material zur Klärung der Persönlichkeit und des Wirkens Gapons ergeben habe. Ein Gewährsmann der Zeitung gab die Versicherung, daß die Öffentlichkeit sich noch einmal mit der Sache Gapons werde beschäftigen müssen; es stehen Enthüllungen sehr interessanter Natur bevor. U. a. soll erwiesen sein, daß Gapon in den bedeutungsvollen Oktobertagen des vorigen Jahres sich unter falschem Namen in Petersburg aufgehalten und eine wichtige politische Rolle gespielt habe. Die ganze Welt werde staunen, wenn die Fäden der politischen Intriguen jener Zeit in allen Einzelheiten aufgedeckt werden.

Ausland.

Deutschland. Die allgemeine Unzufriedenheit mit der Regierung, welche während der letzten Wochen zum Ausbruch kam, scheint gewirkt zu haben. Auf die Anfragen im Reichstag war der Reichskanzler schon gefaßt; denn als ihn der Abgeordnete Bassermann fragte, ob er bereit sei Auskunft zu geben über die Beziehungen Deutschlands zu den übrigen Mächten, und sich über die Besorgnisse zu äußern, welche in vielen Kreisen des deutschen Volkes wegen der internationalen Lage bestehen, antwortete Graf Bülow mit einer Rede, welche anderthalb Stunden dauerte. Der Kanzler sprach über die Beziehungen Deutschlands zu allen auswärtigen Mächten und schilderte diese als gut und befriedigend. Wenn aber auch seine Versicherungen im Auslande vielleicht einen günstigen Eindruck gemacht haben, ist es doch nicht gelungen in Deutschland dieselbe Wirkung hervorzubringen.

Über die nächsten Aufgaben des Reichstages äußerte sich der Zentrumsführer Schadler folgendermaßen: „Die Krisengerüchte der letzten Wochen sind im wesentlichen nur Alarmgerüchte gewesen. Ich habe nicht den Eindruck, daß



die bevorstehende Reichstagsession eine besonders turbulente werden wird. In einem Punkte allerdings wird es nötig sein, ein energisches Wort zu reden, und das sind die Kolonialskandale; nur wäre es unrichtig, zu glauben, daß die Zentrumspartei eine Gegnerin der Kolonien überhaupt ist. Wir sind nicht gegen die Kolonien, sondern, um ein gutes deutsches Wort zu gebrauchen, gegen die Kolonialsquerei.... Die brennendste Frage der gegenwärtigen Stunde ist die Fleischnot. Gegen sie müssen unbedingt Maßnahmen ergriffen werden“... Daran knüpfte Redner noch folgende Erwägungen betreffs der politischen Lage im Reich: „In der letzten Zeit ist auch viel vom Absolutismus gesprochen und geschrieben worden. Daß dies geschehen ist, hat mich nicht erstaunt; denn die persönlichen Kundgebungen, um die es sich hier handelt, sind seit langem nichts Neues. Erstaunt hat mich nur, daß die Opposition gegen diese persönlichen Kundgebungen auch auf einer Seite begonnen hat, die bisher davon nichts bemerkt zu haben schien. Ich frage mich nun, woher es wohl kommen mag, daß diese Opposition auf einmal auch von nationalliberaler Seite geführt wird? Sollte die nachdrängende Jugend daran schuld sein, oder will man vielleicht nur an maßgebender Stelle zu verstehen geben, daß man auch noch da ist? Daran aber, daß die neue Reichstagsession eine große demokratische Umwälzung in dieser Richtung bringen wird, glaube ich nicht.“

Die Linderung oder Beseitigung der Fleischnot scheint die Regierung endlich in Angriff nehmen zu wollen. Beim Kaiserbesuch in München hat sich der Monarch, wie in dortigen Blättern berichtet wird, wiederholt mit den Vertretern der Gemeindefolkollegien unterhalten. Bei dem ersten Bürgermeister v. Borcht erkundigte er sich, wie dieser in der Magistratsitzung berichtete, sofort nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Stadt, nach der Zunahme der Bevölkerung in den letzten fünf Jahren, nach dem Arbeitsmarkt. Besonders interessierte er sich dafür, ob die Arbeitslosigkeit in München noch ebenso groß sei wie in früheren Jahren. Er erkundigte sich auch nach den Lebenspreisen und nahm die Mitteilung, daß besonders die Fleischpreise in München ebenso wie anderwärts um 25 bis 47 Prozent gestiegen seien, mit Ernst entgegen.— Eine der zur Linderung der Fleischnot von der Regierung in Aussicht genommenen Maßnahmen besteht darin, daß frisches Fleisch als Stückgut in Eilfracht zu gewöhnlichen Stückgutstufen befördert werden soll. Der preussische Eisenbahnminister hat, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, den Landes-eisenbahnrat ersucht, sich gutachtlich darüber zu äußern, ob ein öffentliches Verkehrsbedürfnis für die beantragte Enttarifizierung vorliegt. Er hat diesen Antrag in einem Schriftsatz begründet, in dem er ausführt, daß die Voraussetzungen für die Aufnahme in den Spezialtarif für bestimmte Eilgüter, nämlich leichte Verderblichkeit, wirtschaftliche Wichtigkeit und nicht zu hoher Wert des Gutes, bei frischem Fleisch als vorhanden angenommen werden können. Die Folge der geplanten Maßnahme werde voraussichtlich sein, daß künftig größere Mengen frischen Fleisches als bisher als Stückgut bezogen werden, sei es von mehreren Familien, die sich hierzu zusammenschließen, sei es von Konsum- und Haushaltsvereinen, die in allen großen und vielen mittleren Städten bestehen. Schon die dadurch gewährte bessere Möglichkeit des unmittelbaren Bezuges durch die Verbraucher sei geeignet, auf Viehhändler und Fleischer, und die Möglichkeit eines direkten Bezuges durch die Fleischer auf Vieh-

händler und Viehkommissionäre einen gewissen Druck auszuüben. Diesem Bedürfnis gegenüber genüge es, die Maßregel auf Stückgut zu beschränken, während bei der Ausdehnung auf Wagenladungen der Gewinn im wesentlichen nur den Großschlächtereien zugute kommen würde.—Jeder Tag bringt übrigens die Meldung von weiteren Kundgebungen zur Fleischnot, so z. B. aus Düsseldorf und Trier.

Österreich. Verständigung zwischen Oesterreich und Italien. Die „Kulturpolitische Gesellschaft“ in Wien hat auf Vorschlag ihrer internationalen Sektion angesichts der bedrohlichen Stimmung, die zwischen Oesterreich und Italien herrscht, einen Aufruf erlassen, der als Ausgangspunkt einer größeren, auf die Verständigung der beiden Staaten hinielenden Aktion der „Kulturpolitischen Gesellschaft“ gedacht ist. Der Aufruf verweist auf die zwischen Oesterreich und Italien bestehenden Mißstimmungen, welche die Gefahren eines Krieges heranzubezweifen drohten. Während aber die Bevölkerung ergebnisvoll, wenn auch bekümmert, der nächsten Zukunft entgegen sieht, fehlt es, wie nie bei ähnlichen Situationen, nicht an Interessenten, die sich eifrig bemühen, die glimmenden Funken zum Brande anzufachen, der Verwirrung Vorschub zu leisten und die öffentliche Meinung beider Länder aus eigensüchtigen Motiven zu verfälschen. In solchen Momenten sei es Pflicht aller besonnenen und kulturfreundlichen Elemente, die das Zeitgewissen eines Volkes verkörpern, ihre Stimme zu erheben, gegen die Verhetzung der Völker auf beiden Seiten Front zu machen, der Vernunft zu ihrem Rechte zu verhelfen und die öffentliche Meinung für Ausklärung und Beruhigung empfänglich zu machen. Die „Kulturpolitische Gesellschaft“ richtet daher an alle Männer und Frauen des Volkes, namentlich an alle führenden Gruppen, denen es ernst darum zu tun ist, das größte Unheil vom Volke abzuwenden, die im Sinne eines richtig verstandenen Patriotismus wirken wollen, den dringenden Aufruf, sich zum Zwecke einer breiten, volkstümlichen Verständigungsaktion ihr anzuschließen. Es werde gelingen, in Italien Männer und Frauen, die vom selben Ideal beseelt sind, zu gleichem Wirken in ihrem Lande zu vereinigen. Die Kulturpolitische Gesellschaft in Wien, beziehungsweise deren internationale Sektion, macht sich hiemit zur Mittelstelle für alle jene Männer und Frauen in Oesterreich, die diesem Werke ihren Beistand, sei es auch nur in Form ihrer Zustimmung, zu teil werden lassen wollen.

Die Rede, in der Ministerpräsident Beck für die Wahlreform im Reichsrat eintrat, ist auch für das Ausland von Belang, insbesondere für das Deutsche Reich, wo ja die konservativen Bedenken gegen das allgemeine Wahlrecht nicht verstummen wollen. Beck erklärt, es sei kein Zufall, daß überall das allgemeine Wahlrecht von konservativen Staatsmännern durchgeführt worden sei. Wer wirklich konservativ denke, versuche die weitesten Schichten der Bevölkerung mit den wirklichen Interessen des Staates zu verknüpfen. Das allgemeine Wahlrecht sei das Mittel, den Radikalismus, der außerhalb des Parlaments gefährlich werden kann, seines Stachel zu entkleiden und ihn womöglich für das Ganze nutzbar zu machen. Sehr eindringlich war auch die Kritik, die der Minister an den letzten 40 Jahren der österreichischen Geschichte übte, gerade im Hinblick auf die Verfälschung der Volksvertretung. Er machte diese direkt verantwortlich dafür, daß breite Schichten den organischen Zusammenhang mit dem Staate verloren haben, und daß andererseits

auch der Reichsrat keinerlei Einfluß auf die Bevölkerung gewinnen konnte. Aus der Rede, deren Endzweck war, die aristokratischen Gegner der Wahlreform aus ihren Schmollwinkeln hervorzulocken, ging klar hervor, daß die Regierung die Wahlreform als letztes Rettungsmittel des Staates ansieht aus einer verzweifelten Lage, in die er gerade durch den Versuch geraten ist, das eigentliche Volk von der Herrschaft auszuschließen.

Frankreich. Kultusminister Briand erklärte in der Deputiertenkammer, daß die Kirchengüter nach dem 11. Dez. n. St. Wohltätigkeitsanstalten überwiesen werden könnten, was nach einem Jahr, also nach dem 11. Dez. 1907 unbedingt zu geschehen hätte. Kultusverbände, welche erst nach dem 11. Dez. d. J. gegründet werden würden, hätten kein Recht den Besitz der Güter für sich in Anspruch zu nehmen; dieselben ihnen zu überlassen oder nicht, werde vom guten Willen der Regierung abhängen. — Die Aufnahme der dem Staate zufallenden Kirchengüter hat begonnen und wird bis zum 28. Nov. unseren Stils abgeschlossen sein. Etwaige Widerseßlichkeiten seitens der Geistlichkeit sollen nicht geduldet werden. Die Truppen würden nur dann schießen, wenn man sie angriffe. — Der neue Kriegsminister General Picquart hat Altersbedingungen für das Avancement der Offiziere festgesetzt. Danach ist das Durchschnittsalter für den Leutnantsrang 33, für den Hauptmannsrank 43, für den Majorrang 51, für den Oberleutnantsrang 54, für den Oberstenrang 56 und für den Brigadegeneral 58 Jahre. Nur bei besonders befähigten Offizieren könne von dieser Regel eine Ausnahme gemacht werden. Offiziere, die von der Pike auf gedient haben, werden entsprechend die gleiche Behandlung erfahren, damit der Grundsatz bestätigt werde, daß in einer demokratischen Armee sämtliche Offiziere sämtliche Rangstufen erreichen können. — Ein Madrider Blatt versichert, daß der Ministerpräsident Clemenceau beabsichtige, einen Generalausschuß zu schaffen, vor welchem alle Generale und Offiziere sämtlicher Garden einen Treueid der Republik zu leisten haben würden, unter Androhung der Ausstoßung aus der Armee. Die Ernennung Picquart's zum Kriegsminister bedeute den ersten Schritt zur Verwirklichung dieses Vorhabens.

Spanien. Ein neues Vereinsgesetz, dessen Entwurf König Alfons XIII anstandslos zugestimmt hat, wird die Cortes (Abgeordnetenhaus) beschäftigen. Dieses richtet sich gegen zahllose kirchliche Organisationen des Landes und erscheint um so bedeutungsvoller, je mehr, seit Aufhebung der Kongregationen in Frankreich, geistliche Genossenschaften gerade in Spanien sich festsetzen. Die Konservativen sind ganz außer sich über den Gesetzesentwurf, der dem Volksgewissen widerstrebe; sie verlangen eine rein katholische Politik; andernfalls sei ein Bürgerkrieg unvermeidlich. Dagegen erklärt das liberale Kabinett, die Regierung werde in bezug auf das Vereinsgesetz wohl mit Vorsicht vorgehen, es widerspreche aber durchaus nicht dem Gewissen des Volks. Die Republikaner erklären die konservative Partei, welche noch im 20. Jahrhundert solchen Anschauungen huldige, für regierungsunfähig. — Nachdem der König die Verordnung über die Durchführung der Zivilehe unterzeichnet hat, verlautet nun, der Vatikan habe gegen die Einführung derselben eine Protestnote beim Auswärtigen Amte durch den Nuntius Rinaldini (diplomatischer Vertreter des Papstes) eingereicht und plane die Abberufung des Nuntius. Letztere Maßregel würde von den

Liberalen zweifelsohne mit Genugtuung begrüßt werden.

Italien. Aussöhnung mit Österreich. In Italien erblickt man in dem Programm des Baron Thrental eine völlig neue Auffassung des Verhältnisses beider Staaten und der fortschreitenden Aussöhnung der Völker. Gewisse einflussreiche Blätter, wie der „Corriere della Sera“ ergehen sich bereits in dem Zukunftstraum, daß Österreich und Italien gemeinsam die künftigen Ereignisse nach ihrem Willen im Sinne des Weltfriedens zu beeinflussen vermöchten. Übrigens, fügt der „Corriere“ hinzu, habe Italien sich in London und Berlin der keineswegs leichten Mühe unterzogen, die schärfste und gefährlichste Herbeiführung zwischen Deutschland und England zu beseitigen, und der sichtbare Erfolg dieser Bemühungen sei der Besuch König Edwards bei Kaiser Wilhelm.

Türkei. In Pariser diplomatischen Kreisen verlautet, nach der „Russeje Sflowo“, daß in dem Befinden des Sultans Abdul Hamid wieder eine Aenderung zum Schlechteren eingetreten sei. Der Hof und der Großvezier ergreifen Maßnahmen betreffs Regelung der Thronfolge. In London ist sogar das Gerücht von einer ernstesten Gefahr für das Leben des Sultans verbreitet. Angesichts dieser Tatsache gewinnen die Ereignisse in dem „nahen Osten“ an Interesse.

In Mazedonien treiben die griechischen Banden ihr Unwesen fort. Die Landbevölkerung leidet sehr unter den Gelderpressungen jener, aber auch zahlreiche Ermordungen kommen vor. Daß auch rumänische Banden in Mazedonien tätig seien, wie die griechische Gesandtschaft, gestützt angeblich auf amtliche Berichte, den ausländischen Blättern weiß zu machen suchte, erklärt die rumänische Regierung in formellster Weise als eine böswillige Erfindung: Es gibt in der Türkei keine von der rumänischen Propaganda organisierte Banden. Trotz der Verfolgungen seitens der Griechen beobachten unsere Landsleute eine defensive Haltung, und ihre ganze Organisation bezweckt nur, im ottomanischen Reiche eine gleiche Stellung zu erlangen, wie sie die anderen christlichen Nationen in der Türkei innehaben. — Der politische Ausschussrat, den die Großmächte vor einigen Jahren hier eingesetzt, erweist sich somit als eine wahre Posse. Das „Berl. Tageblatt“ schrieb daher auch vor einiger Zeit hinsichtlich der Vorgänge in Mazedonien ganz zutreffend: „Wem zuliebe wird diese Farce aufrechterhalten? Wer will sie? Der Türke aus naheliegenden Gründen nicht, und der Grieche und Bulgare nicht, weil ihnen die Einmischung der Mächte keinen einzigen Vorteil gebracht, ihre materielle Lage auch nicht um einen Deut gebessert, eher verschlechtert hat. Ob Christ, ob Mohammedaner, haben sich die Eingeseffenen des Landes unter dem früheren Regime trotz allem ziemlich wohl befunden und die europäischen Eindringlinge sind allen gleich verhaßt. Ja, der Bulgare und der Grieche hatte am Ende sogar die türkische Justiz lieber, die gegen nichtpolitische Verbrechen in der Praxis unstreitig milder ist, als die „zivilisierte“ europäische, umsomehr als jene vielfach mittels „Bachschisch“ noch milder gestimmt werden konnte. Dabei ist wohl niemand so einfältig zu glauben, daß die Mächte es aus reiner christlicher Liebe tun. Täten sie es aber dennoch aus Liebe, so möchten sie endlich doch zur Überzeugung gekommen sein, daß sie Leuten gegenüber schlecht angebracht ist, die einander aus reiner Nächstenliebe unter ausgefuchtesten Martern ins Paradies befördern. Das könnte man gerade so gut den



Türken überlassen. Höchstens also bliebe noch übrig, daß die Einmischung erfolgt ist, um die Balkanstaaten davon abzuhalten, sich gegenseitig zu verschlingen. Aber das könnte ebenso durch einen kräftigen diplomatischen Druck in den betreffenden Hauptstädten, eventuell unterstützt durch eine militärische Demonstration, erreicht werden. Also für die Notwendigkeit des Eingriffes in die Hoheitsrechte des Sultans durch die famose „Reformation“ sind zwingende Gründe nicht vorhanden; man sollte die Lösung der „mazedonischen Frage“ daher ruhig den Leuten überlassen, die das meiste Recht dazu und auch die meiste Erfahrung in der Behandlung der Eingeborenen haben, den Herren des Landes; und das umsomehr, als sie den Mächten in allen anderen Beziehungen die Hände bindet! Möchte man doch endlich das Sprichwort beherzigen, daß jeder sich selbst der Nächste ist oder, wie der Engländer es schöner ausdrückt, daß die Nächstenliebe ihren Anfang beim eigenen Fleisch und Blut nehmen muß. Was alles könnte im ottomanischen Reiche zugunsten der Europäer erreicht, welche Verbesserungen eingeführt, welche veraltete Einrichtungen beseitigt, welche Kapitalien nutzbringend angelegt werden, wenn man den Einfluß, den man besitzt, statt auf die wenig würdigen Völkerschaften Mazedoniens zu vergeuden, im eigenen Interesse und seine falsch dirigierte Energie zum Vorteil der eigenen Untertanen verwendet! Eine solche Änderung der Taktik würden nicht nur Herrscher und Regierung mit Genugtuung begrüßen, sondern von den durch sie erzielten Resultaten würde auch direkt oder indirekt die ganze Bevölkerung Vorteil haben—das würde eine praktischere Lösung der „sogenannten orientalischen Frage“ sein, als alle bisher versuchten.

Auf der Insel Kreta residiert seit dem Fortgang des Prinzen Georg von Griechenland als Oberkommissar der griechische General Zaimis. In Athen herrschte anfangs Trauer und Bestürzung über die Rückkehr des griechischen Königsjohns. Doch der Optimismus Zaimis hat diese bald überwunden. Man schloß sich seiner Meinung an, daß Kreta jetzt in Wirklichkeit nichts anders sei, als eine unter Selbstverwaltung befindliche Provinz Griechenlands. In der Tat hat die griechische Politik in der kretischen Frage, und zwar unter den schwierigsten Verhältnissen, in dem Momente, wo man, wenigstens in Griechenland, fürchtete, die 4 „Schutzmächte“ möchten ihre „schützende“ Hand endgültig auf die Insel legen, einen kräftigen Schritt nach vorwärts gemacht; denn das dem König der Hellenen von den vier Mächten eingeräumte Recht, den jeweiligen Harmosten (Oberkommissaren) vorzuschlagen, kommt einer Ernennung desselben durch den König mehr oder weniger gleich. Aus diesem Grunde hat auch die Pforte gegen die Ernennung Zaimis zum Harmosten als gegen einen Ausfluß des erwähnten, dem König der Hellenen eingeräumten Rechtes nicht Einspruch erhoben, obwohl die Souveränität über Kreta dem Sultan von den Mächten in nachdrücklicher Weise garantiert worden ist. Aber die Pforte scheint auf eine solche Souveränität keinen großen Wert zu legen, wohl mit einem wehmütigen Seitenblicke auf Ägypten, Samos, Bulgarien usw. — Das Endziel der Tätigkeit Zaimis dürfte die Beseitigung der von den Mächten ausgeübten Kontrolle der Finanzen und der Verwaltung auf Kreta überhaupt sein. In seinem Aufrufe an das kretische Volk ermahnte Zaimis dasselbe zur Geduld. Man müsse auf die wohlwollenden Absichten der Schutzmächte bauen und alles tun, um ihnen nur ja keine Ungelegenheiten zu bereiten. Die nationale Wiederge-

burt sei nicht mehr fern. Bis jedoch der gesegnete Tag ercheine, müsse man arbeiten, damit Kreta geistig und materiell fortschreite. — Die Mitglieder des Verwaltungsrates (Ministeriums) boten dem neuen Oberkommissar sofort ihre Entlassung an, welche dieser jedoch ablehnte. — Die kretische Nationalversammlung, die einen konstituierenden Charakter hat, trat in der ersten Hälfte des Oktobers zusammen. Eine von ihr eingesetzte Kommission zur Durchsicht der Verfassung hat den Entwurf einer neuen Verfassung der genannten Versammlung zur Beratung bereits vorgelegt. Danach wird volle Glaubensfreiheit gewährt. Alle Kreter sind vor dem Gesetz gleich; niemand darf anders als auf richterlichen Befehl hin verhaftet werden; die Kreter genießen das unbeschränkteste Versammlungsrecht (unbewaffnet); die Presse ist frei; die Zensur wird aufgehoben; die Konfiskation von Zeitungen und anderen Druckschriften ist verboten; die Verteidigung des Landes und die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe wird einem Korps einheimischer Bürgerwehr und der Gendarmerie übertragen. Der Dienst in der Bürgerwehr ist obligatorisch. Der Oberkommissar ist der oberste Regent des Staates, repräsentiert diesen und ist der Oberkommandant der militärischen Kräfte. Er schließt Verträge ab, vorbehaltlich der Zustimmung der Kammer. Der Oberkommissar verleiht die militärischen Grade, genehmigt oder verweigert die Installierung des vom griechisch-ökumenischen Patriarchate in Konstantinopel gewählten Metropoliten von Kreta und der von der kretischen Episkopalsynode gewählten Bischöfe, ernennt und enthebt die öffentlichen Beamten der Insel einschließlich des Kadis.

Bulgarien. — Das bulgarische Schulgesetz, demzufolge diejenigen Griechen, welche bulgarische Untertanen sind, verpflichtet sind, ihre Kinder in bulgarische Schulen zu schicken, zwingt jene zu Massenauwanderungen. Andernfalls müßten sie sich bulgarisieren lassen, was ihnen natürlich nicht paßt. Die griechische Regierung plant den Ankauf großer Grundstücke in Thessalien, welche den aus Bulgarien Ausgewanderten kostenlos zur Ansiedlung gegeben werden sollen. Die aus dem abgebrannten Anchialos Ausgewanderten bekamen zur Ansiedlung einen Ort zugewiesen, der den Namen Neu Anchialos führen wird. Die bezüglichlichen Gesetzesvorlagen werden seitens der griechischen Regierung im nächsten Monate der Kammer vorgelegt werden, worauf die Ueberweisung des Ansiedlungsgebietes unverzüglich erfolgen wird.

Die Armenier in Bulgarien finden, der in Barna erscheinenden armenischen Zeitung „Zrawunk“ zufolge, daß der armenische Patriarch in Konstantinopel ihre Interessen nicht genügend wahr und haben sich deshalb an den Katholikos in Etchmiadsjin mit dem Anliegen gewandt, in Bulgarien ein Episkopat zu begründen und dieses unter seinen Schutz zu nehmen. Der Katholikos ist angeblich diesem Wunsche nachgekommen und hat den Archimandriten Tatschat nach Barna entsandt, dessen Aufgabe darin bestehen soll, die Abgeordneten der einzelnen armenischen Siedelungen zu versammeln und mit ihnen gemeinschaftlich eine bulgarisch-armenische Kirchenversammlung auszuarbeiten, deren Bestätigung dem Katholikos vorbehalten bleibt.

Serbien. — Die Regierung widerspricht dem Gerücht, welches besagt, daß ein Teil der von Serbien in Frankreich bestellten Gebirgsbatterien für Montenegro bestimmt sei.

In Wien schenkt man aber diesem Dementi keinen Glauben, weil die serbische Armee für die große Mehrbestellung keine Verwendung finden könne. Die Ueberraschung über die Größe der Bestellung sei um so berechtigter, als sie von einem radikalen Kabinett gemacht wird, dessen Partei bisher nicht weniger als militärfreundlich war und der man deshalb häufig in den militärischen Kreisen Serbiens und von nationalistischer Seite die Vernachlässigung, ja Verwahrlosung der Armee zum Vorwurf machte. Wenn nun ein radikales Ministerium plötzlich eine so lebhafteste Fürsorge für das Heer an den Tag legt, so müsse daran erinnert werden, daß ein Militärbündnis mit Montenegro eine alte Lieblingsidee der Radikalen sei. Schon im Jahre 1897 wurde der Versuch gemacht, eine solche Konvention durchzuführen, er scheiterte aber damals an dem Widerstand des Königs Milan. Kurze Zeit nach der Ermordung des Königs Alexander wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen, und im Jahre 1904 gelang es den Radikalen, ihren Plan durchzuführen. Die Bedingungen, unter denen Fürst Nikolaus von Montenegro bereit ist, mit Serbien ein Bündnis zu schließen, gipfeln eben in dem Verlangen, daß Serbien dem Fürsten bei Erlangung von Geschützen behilflich sein soll. Die Verhandlungen wurden dann während der Krönungsfeierlichkeiten in Belgrad durch den Erbprinzen Danilo fortgesetzt und auch zum Abschlusse gebracht.

Die Wiener „Zeit“ meldet, daß der Zustand des serbischen Thronfolgers ernste Befürchtungen wachrufe; der Kronprinz Georg zeige moralische und geistige Abnormitäten, prügele seine Adjutanten, mache ungeheure Schulden und führe ein ausschweifendes Leben. Bei Hofe herrsche große Bestürzung. Der Kronprinz werde jedenfalls in das Ausland geschickt werden, es würden bereits die erforderlichen Maßnahmen erwogen. Wahrscheinlich komme er in ein Sanatorium oder in eine Nervenheilanstalt. Es wird behauptet, man erwäge bereits eine Aenderung der Thronfolge; Prinz Alexander werde zum Thronfolger erklärt werden. In amtlichen Kreisen hüllt man sich in Schweigen.

Montenegro.—Das Kabinett hat demissioniert. Fürst Nikolaus ersuchte hierauf die Skuptschina, ihm Minister aus der Majorität dieser vorzuschlagen.

Persien. Einen netten, runden Korb haben England und Rußland sich so eben bei der hohen Pforte geholt. Wie nämlich aus Konstantinopel gemeldet wird, hat die Pforte das russisch-englische Anerbieten der „guten Dienste“ im türkisch-persischen Grenzkonflikt mündlich mit Dank abgelehnt, da die Angelegenheit sich im Stadium der Verhandlungen befinde. Die Pforte hoffe, auch ohne die Intervention Rußlands und Englands zu einer Einigung mit Persien zu gelangen.

Die „Tägliche Rundschau“ gibt an, daß Präsident des Abgeordnetenhauses Sanieddauleh ist, ein Mann mit aufgeklärten Ideen, der seine Erziehung in Berlin genossen hat; Vizepräsident ist einer der ersten Kaufleute in Teheran. Das Blatt führt dann weiter aus: „Es dürfte wohl noch längere Zeit vergehen, bis man den persischen Landtag mit einem europäischen Parlament vergleichen könnte; denn vorläufig fehlt auch den intelligenteren Kreisen der Bevölkerung noch so ziemlich jedes Verständnis für das Wesen des Parlamentarismus. Der gute Wille ist jedoch vorhanden, und wenn nicht ernste Zwischenfälle es daran verhindern, wird das persische Volk sich eher in die neuen Ver-

hältnisse einleben, als es irgend einem anderen orientalischen Staate möglich wäre“. Demselben Blatte zufolge gibt es jetzt als ziemlich ausgemacht, daß England mit Rußlands Zustimmung den traurigen persischen Finanzen durch eine Anleihe von etwa 10 Millionen Mark aufhelfen wird. — Der deutsche Gesandte Herr Stemrich ist auch bereits in Teheran eingetroffen.

Nachrichten aus dem Kaukasus.

— **Tiflis.**—Das Zirkular des Ministerrats, durch welches den Staatsbeamten jegliche Beteiligung an regierungsfeindlichen politischen Parteien, Verbänden und Gesellschaften untersagt wird, ist diesen eröffnet worden und sollen sie verpflichtet werden, ein schriftliches Versprechen betreffs Berücksichtigung desselben zu geben.

— Die Residenzblätter bringen die Nachricht, daß der Ingenieur Bachmetjeff 180 000 Rub. zum Besten des zukünftigen Polytechnikums in Tiflis gestiftet habe.

— Scharlachserum ist in der Stadt wieder zu haben. Daß dasselbe nicht mit einem Male in größerer Menge bezogen wird, hat seinen Grund darin, daß es leicht verdirbt.

— Am 8. Nov. um 5 Uhr nachmittags wurde der Kommandierende der 1 kaukasischen Brigade, der gewesene Gen.-Gouverneur der St. Schuscha und der umliegenden Kreise des Gouvernements Elisabethpol, General-Major Soloschtschapow, als er allein auf der Woronzowstraße auf einer Droschke nach Hause fuhr, durch zwei Revolvergeschüsse verwundet, worauf man ihn in bewußtlosem Zustande ins Krankenhaus brachte. Die Verwundung, die anfänglich für tödtlich galt, erwies sich hernach als weniger gefährlich, so daß der Verunglückte einer vollständigen Genesung in nächster Zeit entgegen sehe dürfte.

— Am 9. Nov. um 10 Uhr morgens wurde der Betriebsvorsteher der transkaukasischen Eisenbahnen, Herr G. Behrend auf dem Wege zum Verwaltungsgebäude durch zwei Revolvergeschüsse tödtlich verwundet. Herr Behrend befand sich in Gesellschaft eines seiner Unterbeamten Lordkipanidse. Kaum hatte er auf dem gegenüberliegenden Fußsteig in einiger Entfernung verschiedene verdächtige Personen bemerkt, als auch schon zwei Schüsse erfolgten, durch welche Herrn Behrend zwei schwere Verwundungen beigebracht wurden. Herrn Behrend gelang es aber dennoch den Mörder durch einen Revolverchuß schwer zu verwunden. Lordkipanidse dagegen ergriff einen zweiten Übeltäter, der soeben von seiner Schußwaffe Gebrauch machen wollte, wurde aber gleichzeitig von einem dritten Banditen durch eine Kugel verwundet, der darauf das Weite suchte. G. Behrend ist bereits erlegen und am 12 d. M. auf dem lutherischen Kirchhofe bestattet worden.

— In der letzten Zeit kommen häufig Veralbungen von Konkurrenten der elektrischen Stadtbahn vor.

— In dem am 8 Nov. aus Batum in Tiflis eingelassenen Zuge ist in einem Waggon ein Diebstahl an Frachten im Werte von 8000 Abl. entdeckt worden. Der Waggon trug gefälschte Plomben der Station Batum.

— Kontrolle der Wahllisten. Der Kreischef von Tiflis forderte die ihm unterstellten Pristawe auf, unverzüglich die Listen der Personen, welche das Recht der Beteiligung an den Duma-



Wahlen haben, von neuem durchzusehen und darauf die Wahlen der Bevollmächtigten von den Landleuten (je 1 Mann von 10 Höfen) vorzunehmen.

— Bewaffneter Aufstand. In den ersten Tagen des kommenden Monats begiebt sich eine Session des Appellhofs nach **Kutais** zur Verhandlung der Angelegenheit, betreffs des bewaffneten Aufstandes in Mchuri. Dem Gericht sind in dieser Angelegenheit 25 Mann übergeben worden.

— Am 10. Nov. gegen 8 Uhr abends wurde auf der Strecke **Kwa-Sjalieti** der Tschiaturi-Linie ein Personenzug von einer ungefähr 30 Mann zählenden Räuberbande überfallen. Durch eine lebhafteste Gewehrkanonade, welche auf die Lokomotive und sämtliche Waggons gerichtet war, wurden 4 Soldaten, ein Maschinist und 2 Passagiere verwundet. Der Zug war mittlerweile zum Stehen gebracht worden, worauf einige Räuber in den Postwagen drangen und 21 000 Rbl. raubten.

— Zur Verfügung des Statthalters wurden seitens des Ministeriums des Inneren 84 000 Rub. gestellt, zwecks Unterstützung von 17 Dörfern des **Alexandropolschen** Kreises (Gouv. Erivan), deren Ernte in diesem Jahre teils durch Räuber, teils durch Heuschrecken vernichtet worden ist.

— **Kars.** In der Nacht zum 31. Oktober überfiel eine Kurdenbande einen Zug von Jesiden und Armeniern, der sich auf dem Wege von Kars nach Nachitschewan befand; dabei wurden sechs Jesiden und 2 Armenier getötet. Die Jesiden sind der Meinung, daß der Ueberfall von dem Ältesten des Jesidenbezirks Dostanbekow, organisiert gewesen sei. Dieser hat sich in den Polizeiwachtposten Digori geflüchtet. Der letztere ist von über 500 Jesiden umringt, welche die Herausgabe des Dostanbekow verlangen. Es werden blutige Zusammenstöße zwischen Kurden und Jesiden erwartet.

— Einer späteren Nachricht im „Tifl. Listok“ entnehmen wir, daß ein solcher Zusammenstoß wirklich stattfand, doch jetzt schon Frieden geschlossen sei. Dostanbekow ist verhaftet.

— Einer Korrespondenz des „Tifl. Listok“ zufolge haben sich in **Schuschä** die Beziehungen zwischen den Tataren und Armeniern gebessert. Der Handel ist reger geworden. Die Tataren des Kreises haben sogar wieder begonnen bei den Armeniern Weizen zu kaufen. Eine andere Korrespondenz desselben Blattes betreffend das Leben in den Kreisen des Gubernements Elisabethpol weiß allerdings nur Ungünstiges zu berichten. Beständige Raubüberfälle, Diebstähle von Vieh u. s. w. untergraben den Wohlstand der Bevölkerung. Die Schuld wird in den meisten Fällen selbst von den Behörden, einzelnen Räuberbanden zugeschrieben. Mit der Erpressung fremden Eigentums beschäftigen sich aber in der Tat nicht allein Räuberbanden, sondern auch einzelne Personen, welche ihre Opfer unter den Wohlhabenden suchen und diese entweder im Hause oder auf offener Landstraße überfallen.

— Die Verwaltung des Stadthauptmanns von **Baku** wird angeblich auf 79 500 Rbl., die des Polizeimeisters von Baku auf 448 860 Rbl. und die des Polizeimeisters von Balachany und Sabuntshi auf 409 180 Rbl. jährlich zu stehen kommen.

— **Jekaterinodar.** Am 6. November hat der Chef des Kubangebietes die Statuten des „Jekaterinodarer Evangelisch-lutherischen Frauen-Wohltätigkeitsvereins“ bestätigt. Derselbe hat den Zweck—ähnlich wie der seit vielen Jahren in Tiflis bestehende Schwesternverein— unbemittelte Glieder der lutherischen

Gemeinde zu unterstützen, ihre Kinder schulen zu lassen etc. etc., unheilbare Personen beiderlei Geschlechts in Säuglingsheilstätten unterzubringen. Der Verein, dessen eifrige Mitglieder sich schon oft auf dem Gebiete der Liebestätigkeit bewährt haben, gedenkt unter Mitwirkung des Kirchenrates in den nächsten Jahren in Jekaterinodar ein **Siechenhaus** zu errichten. Dasselbe soll aber nicht nur den Evangelischen in Jekaterinodar resp. im Kubangebiet dienen, sondern womöglich auch andere mittellose, altersschwache und erwerbsunfähige Gemeindeglieder aus Ciskaukasien aufnehmen. Wir können dem geplanten Liebeswerke nur den besten Erfolg wünschen!

Aus den Kolonien.

Georgsfeld. Hätte die „Kaukasische Post“ die Kolonie Georgsfeld am Ende ganz vergessen? Dann sollte sich ihrer doch wenigstens der „Hannes“ erinnern! Aber der arme Stoffel ist womöglich durch sein letztes Abenteuer in Tiflis so eingeschüchtert, daß er sich selbst mit Brat-Kartoffel-Bomben nicht mehr nach Georgsfeld wagt, zumal jetzt dieses, wenn auch nicht mit totbringenden „Grombieren“ so doch seit einem Monat mit Berdan-Patronen angefüllt ist. Es sei, wie ihm wolle, wurde auch dem Dörfchen seiner Zeit zu stark mit „den herrlichen Alleen auf den Straßen und Höfen“ geschmeichelt und uns statt der „Mehlfäcke“ fast europäische Kleidung angepöbeln, so sind wir doch eitel genug, nicht ganz übersehen sein zu wollen. Uns der Vergessenheit zu entreißen, soll der Zweck dieser Zeilen sein.

Womit soll ich uns nun aber ein würdiges Denkmal setzen? Au Stoff ist kein Mangel, wohl aber sehe ich keine Möglichkeit, denselben so wiederzugeben, daß dabei niemandem der Bart versengt würde. Man ist eben kein Tausendkünstler, wie der Vordermann auf der „Elektrischen“, der die Sache mit „Drehen“ abmacht. Der Zeitung und selbst der harmlosen „Post“ gegenüber hat jeder Hühneraugen, man mag schreiben was man will, immer zischt einem jemand entgegen und wären es auch nur Gänse. Sagt man z. B. „das sind Prachtkerle“, dann sagen sie, man spottet, und schilt man etwa, daß sie zu Fuß laufen und sich an den Quersäcken totschleppen, anstatt standesgemäß Pferde zu halten etc., dann zischt es erst recht an allen Ecken und Enden. Und doch ist dieser Umstand mithin schuld daran, daß die Tataren ihr Feld ausnützen und obendrein uns um Tausende berauben. Die „Lemsi“ (Deutsche) haben keine Pferde und können sie nicht verfolgen, verwahren dabei aber die Berdangewehre samt Patronen aufs beste und zittern, wenn sich irgend ein Tatar daran macht, sie im eigenen Revier anzufallen, um sie um ein gutes Stück Geld etc. leichter zu machen, wie das immer wieder auf dem Wege zur Eisenbahnstation vorkommt. Doch dem Übel soll jetzt radikal abgeholfen werden: Die Georgsfelder kaufen nämlich das Land von ihrer Grenze bis zur Station c. 400 Dess., für den Preis von 150 Rbl. pro Dess.—Die Logik ist nur einfach: wenn die Deutschen kein Geld mehr haben, kann man ihnen auch keines mehr abnehmen, und die Tataren müssen aus der Not eine Tugend machen und die „Lemsi“ laufen lassen.

Seit 3—4 Monaten hat in der Umgegend die Viehseuche grassiert, ohne daß man hier daran dachte, Vorbeugungsmaßregeln zu treffen. Nun hat man seit einem Monat den Gast im Dorfe und sieht, wie sich die Ställe und Herden lichten; das

tut aber nichts: man kommt sehr gut darüber hinweg, wenn jeder seinen Abfall nur beiseite schafft, womit dann alle Statistik ein Ende hat. Es soll leichter zu ertragen sein, wenn man gar nicht weiß, wie groß der Schaden ist, den man erlitten hat. Seit bereits zwei Monaten ist ein Tierarzt am Orte und wenn er mal ein Fläschchen Lymph, die ihm meist fehlt, bekommt, dann impft er das schon franke und sterbende Vieh, wobei er behauptet: es sei gleichgültig, ob das betreffende Stück Vieh einen Tag früher oder später geimpft werde. Er wird wohl wissen, wie viel es hilft; er ist ja Doktor! Neben ihm kurirt hier noch ein Lesgier: er öffnet dem frankem Vieh unter den Augen eine Ader. Das soll unfehlbar helfen, ob aber zum Leben oder zum Tode, habe ich nicht erfahren. Das nach der Impfung gefallene Vieh soll nach gewisser, begrenzter Abschätzung bezahlt werden. Es wäre interessant zu wissen, aus welcher Quelle? Wenn aus der Reichskasse, so wäre das ein Raub an derselben, wie wenn etwa einem Brandstifter das von ihm eingäscherte Haus bezahlt werden sollte; denn hier tut man doch gar nichts, dem Uebel vorzubeugen. Die Impfung?!

Kürzlich haben die Georgsfelder noch 65 Verdangewehre und 8600 Patronen dazu, wie auch die nötigen Erlaubnißscheine zum Selbstschutz erhalten, und nun kommt hintennach der Befehl des Kreishauptmanns, den Bewohnern seines Bezirks die Gewehre samt Erlaubnißscheinen abzunehmen, — d. h. die Bevölkerung zu entwaffnen. Das wäre ja am Ende ganz gut, wenn man die „gläubigen“ Spitzbuben auch entwaffnen könnte. Aber das bringt man offenbar nicht zuwege, während der deutsche Michel gewissenhaft zur Schlachtbank geführt wird. Gewiß ist, daß Georgsfeld von den Tataren aufgefressen wird, sobald die Entwaffnung durchgeführt ist. Daß man ein halbes Jahr leidlich Ruhe gehabt hat, ist nur, weil man die Deutschen bewaffnet und als gute Schützen kennt. Sollte die Behörde wirklich beabsichtigen, die fleißigen kulturfähigen paar Deutschen dem Moloch der denkart- und arbeitscheuen, stets beutegierigen Glasköpfe zwecklos zu opfern, so würde sie offenbar einen großen Fehler mehr machen.

So viel ich weiß, stellen die hiesigen Tataren trotz allgemeiner Wehrpflicht keine Soldaten. Warum nicht? laut welchen Traktaten und woher die Vergünstigungen eines so konservativen, mehr als halbwilden unkultivierten Volkes. Dem wäre es doch eine Wohlthat, wenn die jungen Leute im Militär mit der Zivilisation und Kultur in Berührung kämen. Will die „Post“ uns nicht darüber aufklären? Bitte!*)

Die Ernte dieses Jahres war in Georgsfeld durchweg reich zu nennen. Von dem drohenden Gespenst, der Heuschrecke des vergangenen Jahres war keine Spur und auch sonstige Schädlinge haben sich nicht besonders fühlbar gemacht. Bewahre uns Gott jetzt nur vor unseren Freunden, den Tataren, und andern Weltbeglückern, damit wir die Ernte in Ruhe genießen können.

E. P.

*) Art. 43 des Wehrpflichts-Ustaw's (Sammlung der Gesetze, Band 4, Ausgabe vom Jahre 1897) beschränkt die mohammedanische Bevölkerung Transkaukasiens hinsichtlich der Erfüllung der allgemeinen Wehrpflicht, gleich vielen anderen Völkern, insofern, als er sie dieselbe durch eine Geldzahlung ablösen läßt.

Deutscher Bildungsverein an der Wolga

Am 26. September d. J. fand in Sfaratow eine Versammlung statt, die für das geistige Leben unserer Wolgakolonien in Zukunft von großer heilbringender Bedeutung sein dürfte.

Lehrer, Lehrerinnen, Künstler, Schulfreunde hatten sich hier versammelt, um den Grundstein eines deutschen Lehrervereins an der Wolga zu legen. Eigentlich sollte es zuerst ein Küsterverein sein, den man gründen wollte. Im Mai d. J. hatten sich, gelegentlich eines Missionsfestes zu Kasanowka (Samarasch. Gouv.), unter anderem auch mehrere Küster versammelt. Sie wählten eine Kommission zur Ausarbeitung eines Statutenprojekts und Anberaumung einer allgemeinen Küsterversammlung zum Schluß der Sommerferien. Zur Synodfeier (25. September) hatten sich wieder mehrere Küster und Lehrer eingefunden in der Hoffnung, daß die erwartete Versammlung gerade an die Synodalfestfeier angeknüpft werden würde. Als sie erfuhren, wie wenig noch getan war, versammelten sie sich privatim, setzten ihre Wünsche, die Reform unserer Kolonialschule betreffend, auf und übergaben dieselben den Synodalen zur Berücksichtigung bei Verhandlung über die Schule und wählten eine neue Kommission, die nach 2—3 Wochen eine Versammlung aller Pädagogen in den Wolgakolonien veranstalten sollte. Jetzt verzichteten die erschienenen Vertreter der Küster- und Lehrerschaft ganz auf professionelle Färbung des zu gründenden Vereins, indem sie sich alle gegen eine Stimme dahin aussprachen, daß es gegenwärtig keinesfalls am Platze sei, die professionellen Not- und Mißstände des Lehrpersonal in den Vordergrund zu rücken, sondern daß man vor allen Dingen und ohne Zögern sich mit der Hebung unserer Volksschule und -bildung befassen müsse. Es wurde beschlossen einen Wolga-Bildungsverein zu gründen und das ausgearbeitete Statut zur Bestätigung vorzustellen. Besonders erfreulich ist, daß die Initiative zur Gründung eines Bildungsvereins gerade von der Lehrerschaft ausgeht, und doppelt erfreulich ist, daß die Lehrer und namentlich die Küster, die ja doch eine wenig beneidenswerte Lage einnehmen, so selbstlos auf die Hebung unseres Bildungswesens lossteuern. Bezeichnend ist dabei, daß gerade die Lehrerschaft und die aus den Volksmassen hervorgegangene Kolonial-Intelligenz, die ja nur russische Bildung genossen hat und für hoffnungslos „verrußt“ gilt, überhaupt nicht weniger Herz hat für das Wohl und Weh ihrer Landsleute und für die Schaffung einer echt deutschen Volksschule, als unsere wirklich deutsch gebildete Kolonial-Aristokratie.

*) Der Entwurf der Vereinsstatuten wird in der „Deutschen Volkszeitung“ demnächst veröffentlicht werden. Öffentlich wird die Idee des Bildungsvereins bis zur nächsten allgemeinen Versammlung festeren Boden gewinnen.

Es ist aber auch höchste Zeit, daß wir Wolgakolonisten es endlich mal ernst nehmen und für die Gesundung unseres Schmerzenskinds, der Schule, für die Umgestaltung unseres ganzen Schulwesens sorgen wollen. Denn 140 Jahre lang leben wir schon in Rußland, 140 Jahre lang haben wir eine sehr schlechte Schule und scheinen bis dahin kaum bemerkt zu haben, wie armselig, wie traurig es um dieselbe steht. Unsere Kolonial-Intelligenz, die früher fast ausnahmsweise aus der Geistlichkeit bestand, war zu indifferent, zu konservativ, zu kleinmütig, um wirkliche Schritte zu tun zur Verbannung des Verdummungs- und Prügel-Systems aus unserer alten Schule und zur Einführung des Ervingenen auf dem Schulgebiete draußen in Deutschland. Die Massen unserer Kolonialbevölkerung aber hatte man so fest eingekullt (man war stolz darauf, daß die Leute so „brav“ blieben, schrieb sich dies als ein besonderes Verdienst zu), daß sie der geistigen Erstarrung schon ganz nahe waren. Und wir Wolgadeutschen, die wir doch zu einem der größten Kulturvölker der Gegenwart gehören, wären wohl bald in den Massen der russischen Bevölkerung aufgegangen, wenn sich nicht in der letzten Zeit einige für uns günstige Ereignisse abgespielt hätten. Erstens begann in den 90-er Jahren die Politik der Russifizierung, namentlich hinsichtlich der Schule, die unseren Leuten allmählich die Augen öffnete und zu passivem Widerstand großzog. Dann kam der japanische Schulmeister und erteilte uns Russen eine ernste Lektion! Dieses Ereignis erweckte ganz Rußland und ernüchterte somit auch uns Wolgakolonisten. Nun sind wir zur Erkenntnis gekommen, daß an Stelle des alten Schlendrians, ein neues, regeres Leben treten müsse. Das Fundament eines Staatswesens ist aber immer die Schule. Und da wir als Bestandteil der russischen Bevölkerung aufs gewissenhafteste an diesem großen Werke mitarbeiten wollen, so gehen wir vor allen Dingen an die Reform unserer Schule, die doch die Pflanzstätte unserer heranwachsenden Geschlechter, unserer künftigen Bürger ist.

Der ins Leben tretende Bildungsverein an der Wolga wird unserer deutschen Schule und unserem Bildungswesen an der Wolga große und wichtige Dienste erweisen, wenn alle Einsichtsvollen und namentlich die aus dem Volke hervorgegangenen Jungkolonisten sich der Sache recht warm annehmen werden. Glück auf!

P. Sinner, Sfaratow.

Indem wir obiger Zuschrift Raum geben, wollen wir damit zugleich auch in den Kreisen unserer kaukasischen Lehrer die Anregung zur Gründung eines Bildungsvereins gegeben haben. Etwaigen diesbezüglichen Vorschlägen

sind wir jederzeit bereit die Spalten der „Kaukasischen Post“ zur Verfügung zu stellen. Was die Wolga-Kolonisten zu Wege bringen, das dürfte am Ende auch uns nicht ganz unmöglich sein.

Die Redaktion.

Landwirtschaft und Gartenbau.

Behandlung eiternder, durch Sattel und Geschirrdruck entstandener Stellen heilt man indem man die Wunde orgfältig mit Bor säurelösung wäscht, wobei alles zu dieser Reinigung dienende Material von peinlichster Sauberkeit sein muß. Nachdem die Wundstelle gewaschen, wird sie mit Baselin bestrichen, dann folgt eine Lage Stärkemehl, das mittelst eines Wattenbausches aufzutragen ist, um sie so gegen die Berührung mit der Luft zu schützen. Die Behandlung der Wunde muß, wenn das Pferd Dienst tut, zweimal—vor und nach der Arbeit—erneuert werden.

Milben bei Hühnern gehen auf Pferde über; sie setzen sich auf die Haut der Fußenden, das heißt an den Fesseln fest und erzeugen ein Jucken insolge dessen die Pferde beständig an den Füßen herumnagen oder aufstampfen. Deshalb ist es durchaus notwendig, ehe man Hühner in den Pferdestall bringt, sie darauf hin durchzusehen, ob sie frei von Milben und Läusen sind. Ist es nicht der Fall, so bestreiche man die Haut der Hühner mit einer Lösung von 1 Teil Anisöl in 10 Teilen Spiritus und werfe ihnen einige Eimer Asche aus, damit sie sich baden und das Ungeziefer abschütteln können.

Kartoffel-aufbewahrung. Um in der Zeit, wo die Kartoffeln im Keller unschmackhaft und mißfarbig werden, bis zur neuen Ernte gute Kartoffeln zum Speisen zu erhalten, grabe man eine 6—7 Fuß tiefe Grube aus, schütte einen Fuß hoch Sand auf den Boden, bringe dann eine Lage Kartoffeln, dann wieder Sand und sofort, bis die Grube voll und mit einer starken Schicht von Sand abschließt; überdecke das Ganze dann mit gesundem Kartoffelkraut, um so eventuellem Frost vorzubeugen und lasse dann die Miete Einwinterung bis zum Vorfrühling unberührt. Beim Aufnehmen zeigen sich die Kartoffeln ungekeimt, fest und so wohl erhalten, als wären sie eben geerntet. Kleinere Landwirte in der Nähe von großen Städten könnten sich dies Verfahren zunütze machen und im Frühjahr den Gemüsemarkt mit wohl schmeckenden, mehligem Kartoffeln versorgen, die unfehlbar eher Käufer finden als die seißigen Maltakartoffeln. Selbstredend können nur sorgfältig gelesene, unbeschädigte, gesunde Knollen eingemietet werden.

Marie Sch.

Handel und Gewerbe.

Die Ausländer in Rußland. Wir entnehmen der „R. Z.“ folgende interessante Korrespondenz: Wie es England, dank seinen ausgezeichneten, aus erster japanischer Hand bezogenen Kenntnissen der sich vorbereitenden Dinge möglich gewesen ist, den reichsten Nutzen aus den äußeren Komplikationen Rußlands zu ziehen, so steht es gegenwärtig in erster Reihe unter den wirtschaftlichen Pionieren, die für das über kurz oder lang unausbleibliche Auf-

blühen des Riesenreiches schon heute ihre Vorkehrungen treffen, indem es mit Umsicht und Klugheit schon jetzt in Industrie, Bergbau und Naphthaproduktion eine günstige Stellung einzunehmen bestrebt ist. Es benützt den Tiefstand der russischen Wirtschaft sehr geschickt dazu zu den billigsten Preisen sich die wertvollsten wirtschaftlichen Objekte zu sichern; in aller Stille sind überall englische Finanzagenten und Kapitalistengruppen an der Arbeit, auszukundschaften was gut und... spottbillig ist. Sie sind als erste am Platz bei dem traurigen Ausverkauf, zu dem das russische Kapital sich gezwungen sieht durch die furchtbare Kreditkrise im Lande. Halb oder ganz verfrachtete Unternehmungen, brach liegende oder kaum in Angriff genommene Gruben, deren Besitzern in den schrecklichen Stürmen der letzten Jahre der Atem oder die Geduld ausgegangen ist, werden als willkommene „Gelegenheitskäufe“ zusammengerafft; alles mit der Absicht, die erworbenen Reichtümer vorläufig ruhig liegen zu lassen, je nach Umständen zwei, drei und mehr Jahre. Es ist eine riesenhafte Spekulation à la hausse; nicht mit kränklichen und immerhin riskanten Staatsschuldschreibungen, sondern mit dem sicheren, unvergänglichen Volksreichtum selbst. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Umsicht reiche Früchte bringen wird, denn die Erwerbungen geschehen oft nur ein Butterbrot, um das die russischen Besitzer, von der schweren Krisis ihres Landes niedergedrückt, den auf langes Zuwarten eingerichteten Käufern ihre Rechte abtreten. So sind Fälle bekannt geworden, wo die wertvollsten Objekte um den Betrag kleiner Nothypotheken in ausländische Hände übergegangen sind. Es berührt eigentümlich, daß gerade das englische Kapital sich so rührig zeigt, das im ganzen bis vor dem Kriege und den inneren Schwierigkeiten den russischen Boden geflüssentlich mied, daß dagegen die Belgier, die in den scheinbar guten Zeiten über 800 Millionen Franken in manchmal ziemlich leichtfertige Unternehmungen gesteckt haben, völlig fehlen. Neben den Engländern haben sich nur einige potente französische Gruppen an die Arbeit gemacht. Deutschland fehlt bei dieser sich vorbereitenden wirtschaftlichen Neuerschließung Rußlands fast vollkommen, Deutschland, das noch heute hervorragend an der russischen Industrie beteiligt ist und die lebhaftesten Beziehungen zum dortigen Handel unterhält. Zwar pflegt es mit vielem Geschick sein reguläres Warengeschäft über seine Ostgrenze und versteht es meisterhaft, trotz aller Schwierigkeiten, seine Umsätze auf der bisherigen Höhe zu erhalten, allein an weitausschauender Ausnützung der Umstände scheinen die Engländer Deutschland zu übertreffen und ihm den Rang ablaufen zu wollen. Es wäre wünschenswert, daß auch das deutsche Kapital rechtzeitig sein Augenmerk auf diesen vorteilhaften „Ausverkauf“ eines Volksvermögens richtete. Wenn sich die deutschen Kapitalistenkreise durch Tendenzmacherwerke, wie das bekannte Buch des Regierungsrats Martin, in der ruhigen Beurteilung der Wirtschaftslage Rußlands heirren und verwirren lassen würden, dann dürfte sich Deutschland binnen einem Jahrzehnt bei solchen Unkenzüchtern für Verluste zu bedanken haben, die sich nach vielen Millionen beziffern und die allein aus verpaßten Gelegenheiten und aus der Einnistung betriebsamerer Konkurrenten herrühren.

Ein Heringsjahr. An der Ostküste von England haben die Flüge von Heringen einen geradezu unerhörten Umfang angenommen. In Plymouth brachten lezhin an einem Tage die Fischerboote nicht weniger als 2000 Lasten, daß heißt rund

364 Millionen Fische ein. An einigen Stellen waren die Heringe so zahlreich, daß mehrere Boote die Netze nicht aufziehen konnten und sie preisgeben mußten. So verlor ein Fischerboot aus Lowestoft seine ganzen Netze und andere Fangvorrichtungen, deren Wert über 5000 Kronen beträgt. Einer der Matrosen sagte, daß die See ringsum einfach mit Heringen gepackt war und daß die ganze Oberfläche des Meeres wie eine Masse flüssigen Silbers erschien. Es habe so ausgesehen, als ob man auf den Fischen hätte gehen können.

Wanderungen der Fische im Meere. Der „Kosmos, Handweiser für Naturfreunde“ schreibt darüber: In Norwegen bezeichnet man als „Fischperioden“ (Fiskeperioder) die rätselhafte Erscheinung, daß die sonst alljährlich ganz regelmäßig an den skandinavischen Küsten Heringszüge sich plötzlich stark vermindern oder auch wohl ganz ausbleiben, um erst nach längerer Zeit wiederzukehren. Durch das Ausbleiben der Wanderzüge, das sich nach Forschungen in den skandinavischen Reichsarchiven in etwa 60 jährigen Perioden ziemlich regelmäßig wiederholen soll, sind oft blühende Fischstädte von ihrer Höhe gesunken und Tausende von Menschen ins Elend geraten. Man glaubt, als Ursache dieser Erscheinung periodische Schwankungen der Meerestemperaturen annehmen zu können, wodurch die Wandrung und Fortpflanzung der Fische beeinflusst wird. Wie erinnerlich, gerieten vor einigen Jahren die Fischer an der Küste der Bretagne in große Not, als ganz plötzlich die Sardinenschwärme ausblieben. Eine ähnliche Kalamität gab es im vorigen Winter an der deutschen Nordseeküste, als dort die gewohnten Sprottenzüge sich nicht zeigten. Sonst näherten sich die Sprotten im Oktober den Küsten, um zu laichen, und der außerordentlich ergiebige Fang beginnt spätestens im November. In Finkenwerder und Cuxhaven sind die meisten Fischer auf diesen Erwerbszweig den Winter hindurch angewiesen, da ihre Fahrzeuge zum Auffuchen der Fischzüge in weiterer Ferne sich nicht eignen. Diesmal warteten die armen Leute aber im November und Dezember vergebens; vergeblich blieben auch die Forschungsfahrten mehrerer von der Regierung in die nord- und ostfriesischen Gewässer zum Auffuchen der Fischschwärme ausgeschieden Fahrzeuge. Dagegen wurde aus dem Reichskriegshafen Kiel am 22. Dezember plötzlich gemeldet, daß ungeheure Sprotten- und Heringszüge vor der Förde ständen. Die sonst oft Nächte hindurch vergebens harrenden Fischer brauchten nur hinauszufahren, um die Netze zu füllen und ihre Boote bis zum Rand mit den schönsten Fischen zu beladen. In einer einzigen Nacht wurden mehr als 10 Millionen Fische gefangen, so daß die Abnehmer sich des Segens nicht zu erwehren wußten und die Fischer aufforderten, den Fang einzustellen. Man glaubte zuerst, daß Raubfische und Seehunde die Millionen von Fischen in die Kieler Gewässer getrieben hätten, gelangte aber bald zu einer andern Anschauung. Als nämlich nach einer langen Periode von Sturm und Unwetter am 15. Jan. 1905 erstmals seit dem Erscheinen dieses überreichen Meeressegens wieder angenehme Witterung sich einstellte, kehrten die in der Nacht ausgezogenen Fischer zu ihrem grenzenlosen Erstaunen mit leeren Netzen heim. Es scheint somit auch ein Zusammenhang zwischen der Wanderung der Fische und dem Wechsel der Witterung zu bestehen.

Dampferverbindung Odeffa - Newyork. Die russische Gesellschaft für Dampfschiffahrt und Handel hat, wie die „Torg.-Prom. Gaz.“ mitteilt, Touren zwischen Odeffa und Newyork er-

öffnet. Am 12. Oktober verließ das erste Emigrantenschiff Odessa. Zum Pionier auf dieser Linie wurde von der Gesellschaft der ungeheure Dzeandampfer „Georg Merk“ ausersehen, der 3 029 Register-Tons netto faßt. Der Dampfer nahm 191 Passagiere an Bord; im Piräus wird er noch zirka 500 Auswanderer 3. Klasse aufnehmen und in Palermo 60 Personen für die 2. Klasse. Seine Marschrouten ist folgende: Odessa, Piräus, Palermo, Azoreninseln (Port St. Miquel) und Newyork. Die Dauer der Reise wird bei normalen Umständen 20—24 Tage mit Aufenthalt in den genannten Häfen betragen. Die nächste Reise wird Anfang Dezember angetreten werden und von diesem Zeitpunkt ab wird regelmäßig alle zwei Monate eine Reise unternommen werden. Als Fracht nahm der „Georg Merk“ russische Wolle, Tee in Kisten, alte Goloschen und andere Waren an Bord; es wird projiziert Zement und Eisenmangan nach Amerika auszuführen.

Literatur und Kunst.

Schwäbische Weinachte.

1. Was schmackt au so überlaut
zuckrig süß an alle Plätzle?
Des ist net vom Sauerkraut
und au net von gschmälzte Spätzle;
Küechle duftet net so sei—
sag jek au, was ka des sei?
2. Woisch net, daß um dui Zeit isch—
wie ka'tt au so gschicket froge?—
mo de Weiber wachst ier List,
mo se d Mand teant grausam ploge:
Weihnacht stoht jo vor der Tür,
do geant bsondere Sache für!
3. D' Tür fährt uf sperrwageweit,
d' Amei dui hot fest ufglade:
siebe Schüßle tief und breit—
„Geb mers grad! sonst geits en Schade!“
Zucker, Mandle, Eier, Mehl
trait se, Gwürz und Honig gel.
4. Und se guckt ein bärig a,
sief verstrickt sind die Gedanke,
was gilt heut e Herr, e Ma!
der schleicht mäuslestill um d' Flanke,
in der Mitte krottebreit
stoht der Tisch zum Pantsche b' reit.
5. Jek ka's laosgau, sich! se langt
D' Löfflere vom Buecherbrettle,
mo schau d Wog am Nagel hangt,
und nimmt raus e bschriebes Blättle
—s allernuist Rezept isch,—lue;
D' Löfflere*) ist re net guegnue!
6. Schau studiert se—guck des Gesicht!
Still! de darsch se net draus bringe—
Z' Herze nimmt ser Moß und Gwicht,
aih se d Hand streckt zum Bollbringe;
pünktle stülpt se d' Armle nuf,
hupp! jek schlait se d Eier uf.

*) Löffler, Luise, Kochbuch.

7. Ist amol der A'fang gmacht, DAMPFER
no lauft's lieble wie am Schnürle. DAMPFER
Lue, se rüert, daß knirscht und kracht,
wirbelt, manscht und pantscht gebüerle,
i komm jek schau' nemme draus,
sicht halt wie-n e Urschlamm aus.

8. Aber, woisch, ier haucher Goist
geit dem domme Brei en Model.
Kunstgerecht druckt se'n in de Loist,
roiheweis leit jek der Trodel,
nex maich siehst do no dem Gschmier—
Die Lebkueche hoißet „Zer“!
Schluß folgt).

Heinrich Seidel.

Am 7. November n. St. starb zu Groß-Lichterfelde bei Berlin der Dichter Heinrich Seidel im 64. Lebensjahre. Er war zwar keiner von den größten, an wichtige Lebensfragen wagte er sich nicht heran, aber seinen Zeitgenossen hat er viele frohe und heitere Stunden bereitet und auch die Nachkommen werden an seinen Werken noch viele Freude finden. Was alle seine Dichtungen einem jeden so lieb macht, ist eine herzerquickende Hoffnungsfreudigkeit, ein Sinn, der an der schönen Natur Gefallen findet, sich mit den kleinen Genüssen des Lebens zufriedenen gibt, an stillem Glück in einem verborgenen Winkel sich genügen läßt, die Kunst, dem Leben immer nur die beste Seite abzugewinnen. So ist denn gerade sein „Leberecht Hühnchen“, diese köstlichste, liebenswürdigste, heiterste Gestalt seiner Dichtungen, auch die populärste geworden. In vielen Zügen ist Leberecht Hühnchen kein anderer als Seidel selbst, und Züge eines Freundes haben dieses anmutige liebenswerte Charakterbild ergänzt.

Heinrich Seidel war kein Vielschreiber, er schuf auch weder schnell noch mit leichter Hand. Er brauchte viel Zeit, auch nur, um eine kurze Skizze hinzuschreiben. Dennoch füllen seine „Gesammelten Werke“ an die zwanzig Bände. In diesen Tagen erst kündigte das „Börsenblatt“ zwei Bände Fortsetzungen von „Reinhard Flemmings Abenteuer“ an. Sie werden nun, wo sie des Dichters letzte Gabe sind, um so liebevollere Aufnahme finden, und zu den Gedichten, den Glockenspielliedern, den „Vorstadtgeschichten“, den „Novellen aus der Heimat“, den „Sonderbaren Geschichten“ dem autobiographischen Buche „Von Persien nach Berlin“ viel neue Freunde werben, die an des Dichters anmutiger Kleinmalerei, seinem liebenswürdigen Humor, seinen poetischen verklärten und doch im Grunde außerordentlich wahren Schilderungen der schönen freien Natur Gefallen und Freude finden. Wir haben wenig Dichter, die so wie Heinrich Seidel, den Sonnenschein in jeden Winkel tragen, und gerade in einer Zeit, in der auf der Schaubühne nur das abstoßende Glend, der Schmutz und die Dede des Lebens in erschreckenden, widerwärtigen Gestalten vorgeführt werden, wirken die fröhlichen, schalkhaften Gestalten seiner Muse mit ihrem behaglichen Lächeln und ihrer genügsamen Lebensphilosophie wie gute Geister in Haus und Herd.

Neue Bücher.

Von Pastor Frenssen, dem berühmten Verfasser der in 100 000 Exemplaren verbreiteten Bauerngeschichte „Jörn Uhl“ und des nach religiöser Erkenntnis ringenden Werkes „Hilligenlei“ ist ein neues Buch: „Peter Moors Fahrt nach Südwest“ erschienen. Es ist dies ein Feldzugsbericht, in welchem ein deutscher Soldat seine Leiden und Erlebnisse in Deutsch-Südwestafrika erzählt. Die Schilderung ist einfach und schmucklos, aber doch erkennt man, daß sie ein großer Dichter geschrieben hat.

In einer der nächsten Nummern der „Kauk. Post“ werden wir diesem Buche Frenssens eine längere Besprechung widmen, denn es ist ein neuer Beweis, wie ernst unsere Dichter ihre Aufgaben auffassen, und mit welcher Kraft sie ihr Mitgefühl mit dem Erleben unseres Volkes, mit seinen Schicksalen in der Welt zum Ausdruck bringen.

Die meisten unserer heutigen Schriftsteller sind Denker zugleich und darin liegt die hohe Bedeutung und der fortschrittliche Wert unserer Literatur.

„Geflügelte Worte“ von Carmen Sylva; zweiter Teil, Regensburg 1906.

Carmen Sylva, die edle deutsche Fürstentochter und Königin von Rumänien, hat wieder ein Buch veröffentlicht, in welchem sie dem Leser gewissermaßen die Betrachtungen ihrer Seele offenbart.

Aus aller Welt.

Eine Eisenbahnkatastrophe in Amerika. Ein entsetzliches Eisenbahnunglück ereignete sich, wie Telegramme aus Newyork berichten, am 30. Oktob. (12 Nov.) d. J. morgens in der Nähe der Station Woodville der Baltimore and Ohio-Eisenbahn. Dort stieß ein aus sechs Personenzug bestehender Einwandererzug, in dem sich 167 Passagiere, meist Serben, Armenier, russische und polnische Juden befanden, die auf der Reise nach Minnesota und Süddakota begriffen waren, in voller Fahrt, mit einem in entgegengesetzter Richtung fahrenden Güterzug zusammen. Der Güterzug hätte an einer Weiche halten und den Einwandererzug vorüberlassen müssen. Anstatt dessen fuhr er mit hoher Geschwindigkeit in östlicher Richtung auf demselben Geleise weiter, wie der nach Westen fahrende Einwandererzug.— Der Zusammenstoß erfolgte auf einem hohen Bahndamm und beiden Züge stürzten von diesem hinab. Dabei fingen die beiden Züge Feuer, und weil die Wagen sich harmonikaartig zusammengeschoben hatten, war es einer großen Anzahl der Passagiere nicht möglich, sich aus dem brennenden Trümmerhaufen zu retten. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 47 Passagiere getötet und 38 schwer verletzt. Die Toten waren in den meisten Fällen derartig verstümmelt, daß es unmöglich war, sie zu identifizieren. Von vielen blieben buchstäblich nur die Knochen übrig.—Der Unglücksfall ist darauf zurückzuführen, daß ein Beamter der Bahn versäumte, dem Führer des Güterzuges mitzuteilen, daß der Einwandererzug in zwei Abteilungen abgelassen worden war. Der Güterzugsführer wartete daher nur den ersten Teil des Einwandererzuges ab und dampfte dann mit etwa vierzig Meilen Geschwindigkeit ab, um die verloren gegangene Zeit

wieder einzuholen. Nach dem Zusammenstoße taten die Beamten der Bahn, die unverletzt geblieben waren, ihr Möglichstes, um bei der Rettung der verunglückten Passagiere behilflich zu sein. Es gelang ihnen auch, eine ganze Anzahl zu retten, aber viele andere verbrannten vor den Augen der Menschenmenge, die sich rasch um die Unglücksstätte gesammelt hatte.

Am späten Nachmittag traf ein Rettungszug mit den 38 Verwundeten in Chicago ein. Auf der Station hatten sich Hunderte von Russen und Polen, Verwandte und Freunde der Verunglückten, eingefunden, und es wäre fast zu einem blutigen Handgemenge zwischen diesen und den uniformierten Beamten der Eisenbahngesellschaft gekommen, durch deren Schuld nach Ansicht der erregten Menge das Unglück verursacht worden war. Es gelang jedoch einem Polizeiaufgebot, Unruhen im Keime zu ersticken.

Ein kulturelles Werk von außerordentlicher Bedeutung, ein gigantisches Unternehmen in jeder Beziehung, bereitet man, wie aus Mailand geschrieben wird, zurzeit in Italien vor. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als um eine projektierte vollständige Ausgrabung von Herculaneum, nach dem Muster der Ausgrabungen des nahen Pompeji. Die Anregung hierzu geht von dem deutsch-englischen Professor Waldstein aus, und seine Ideen erwecken bereits in den leitenden Kreisen ein derartiges Interesse, daß die Ausführung des Planes sicher in absehbarer Zeit erfolgen wird. Allerdings erfordern die Ausgrabungen nach Waldsteins Projekt nicht weniger als 100 Millionen Lire, die erst aufgebracht sein müssen, und die selbst dann nicht so leicht flüssig zu machen sein werden, wenn man erwägt, daß heute die Eintrittsgelder, abgesehen von dem Wert der zu erwartenden Ausgrabungen für die Totenstadt von Pompeji, jährlich etwa 150,000 Lire ergeben. Über über die immense Bedeutung der Ausgrabungen könne kein Zweifel bestehen. Es ist anzunehmen, daß unter dem Schutt und der Asche des im Jahre 79 zerstörten Herculaneum sich noch weit mehr Schätze finden werden, als in Pompeji. War doch Herculaneum die bevorzugte Villenstadt der Reichen, und die Ueberlieferung erzählt, daß seine Bewohner von dem Ausbruch des Vesuvus überrascht, keinerlei Schätze mehr zu retten instande waren. Es liegt also auf der Hand, daß wenn Herculaneum neu ersteht, auch unermessliche Schätze und Kunstgegenstände aus dem Dunkel der Nacht ans Tageslicht befördert werden.

Das Flammengrab. Das Krematorium, welches der Feuerbestattungsverein in Stuttgart errichten läßt, ist jetzt im Rohbau fertig gestellt. (Man gedenkt es in allenähtlicher Zeit in Betrieb nehmen zu können). Den Kern der Anlage bildet eine große, nach vorn offene, halbrunde Halle, über welcher sich eine weithin sichtbare steinerne Kuppel erhebt. Diese Halle, zu der man auf einer Freitreppe emporsteigt und die für etwa 600—700 Personen Platz bietet, ist für die Abhaltung der Trauerfeierlichkeiten bestimmt. Ein in strengen Formen gehaltenes, schönes Flachrelief über dem Eingangsbogen, sowie Deckengemälde in der Kuppel werden den künstlerischen Schmuck dieses Raumes bilden. Seitwärts neben ihm befinden sich abgeordnete Räume für die Leidtragenden und die Geistlichen. Zu beiden Seiten ist an den Mittelbau in zwei bogenförmig nach vorn ausgreifenden Armen ein offener Wandelgang angeschlossen. Etwa 80 Urnen lassen sich vorn in ihm unterbringen; ebenso viele an der Rückseite. Außerdem aber ist beabsichtigt, das an das Kremato-



rium anstoßende, zu ihm gehörige Areal zu einem Urnenhain zu gestalten, und vielfach werden wohl auch Urnen in den bereits vorhandenen Familiengräbern des Friedhofs beigesetzt werden. Das eigentliche Krematorium befindet sich in zwei Stockwerken unter der großen offenen Halle im Mittelraum. Mittels eines Aufzuges werden die Leichen in den Einäscherungsraum hinabgesenkt. Noch ein Stockwerk tiefer ist die Feuerstätte, in der die den toten Leib verzehrenden glühenden Gase erzeugt werden. Sie war schon probeweise, in Tätigkeit, um an Tierleichen ihre Brauchbarkeit zu erproben. Man konnte in den glühenden Schlund durch eine Glimmerscheibe hineinschauen. Was dort sichtbar war, wick von dem Bilde, das wir uns als Knaben einstmal gemacht hatten, als wir von Patroklos, Sektors und Siegfrieds Einäscherung lasen und hörten, nicht wesentlich ab. Um die verbrennenden Leiber herum wogte und loderte stolz und strahlend ein prächtiges Flammenmeer, das in weißlich-roter Glut alles Brennbares verzehrte und die Gase in die Lüfte hinausführt. Es sind Flammen, die der brennende Körper in der Weißglut des Ofens selbst emporflackern läßt. Edel und schön wird so was sterblich war, der Erde wieder zugeführt.

Vermischtes.

Aus der Häuslichkeit und der Umgebung des Sultans Abdul Hamid erzählt ein Mitarbeiter des „Petit Parisien“: Der Sultan ist kein Jüngling mehr; er trägt die Last von 64 Jahren und hat sehr schwer daran zu tragen, da er schon seit längerer Zeit seine Müdigkeit und seine körperlichen Leiden nicht mehr verbergen und verheimlichen kann. Ganz wie der Papst lebt er als freiwillig Gefangener hinter den Umfassungsmauern eines großen Palastes, den er nur jeden Freitag verläßt, um der überlieferten Feierlichkeit des Selamlık beizuwohnen. Sein Vatikan ist der Yildiz. Dieser Palast gleicht weder dem Schloß zu Versailles, noch dem Louvre, noch dem Quirinal, noch dem Schlosse zu Windsor. Man könnte alle Königsschlösser der Erde zur Musterung heranziehen, ohne etwas Ähnliches zu finden. Man hat allerdings drei Vierteljahrhundert gebraucht, um Yildiz zu bauen, und jeden Tag fast wird irgendein neues Gebäude angefügt. Es ist eine schier unendliche Reihe von Häuschen, Kiosken, Palästen, von dem Palaste Merassim, der 1898 anlässlich des Besuchs des Deutschen Kaisers gebaut wurde bis zum „Petit Teianon“, einem Schlosse, das einer morgenländischen Montespan oder Pompadour seine Entstehung verdankt. Es gibt in Yildiz Meierhöfe mit Triften, Hammerwerke für die Artillerie, Porzellanmanufakturen und Teppichwirkereien, die ausschließlich für den Sultan arbeiten usw. Rings um die kleine, durch Gitter geschützte Festung, hinter der sich Abdul Hamid verschanzt hat, breitet sich eine Stadt Yildiz aus. Denn dieser Palast ist eine Stadt, in der 7000 Mann der kaiserlichen Garde und mindestens 5000 andere Personen leben, lauter Leute, die über den Sultan zu wachen oder für sein körperliches Wohlbefinden und sein Vergnügen zu sorgen haben.

Neben Kammerherren, Sekretären, Offizieren und Beamten jeder Art ist da der Harem mit seinen Hunderten von Frauen. Jeden Tag werden für diese ungeheure Zahl von Untertaninnen 1700 Tische gedeckt. Jeden Monat belausen sich ihre Gehälter auf weit mehr als eine Million. Aber der Sultan ist

reich, und seine Zivilliste, etwa 30 Millionen, genügt ihm nicht; er muß noch aus seinem großen eigenen Vermögen schöpfen. Für sich selbst ist Abdul Hamid durchaus nicht verschwenderisch, sondern im Gegenteil höchst anspruchslos. Seine Kleidung ist sehr einfach und gleicht der zahlreicher Einwohner von Konstantinopel. Trotzdem treibt der Beherrscher der Gläubigen alle Leibsneider zur Verzweiflung: keiner von ihnen kann u. darf sich seiner erhabenen Person nähern; nur auf große Entfernungen dürfen sie urteilen, ob die für ihn angefertigten Kleider passen. Früher war der Sultan ein großer Freund von Kaffee und Zigarren. Wenn er in seinen Gärten spazieren ging, begleitete ihn stets sein Kaffeebereiter, der immer und überall in der Lage sein mußte, eine oder mehrere Tassen Mokka zu bereiten. Jetzt geht Abdul Hamid nicht mehr spazieren. Krank, verärgert, argwöhnisch, scheint er sich selbst zur Last zu sein, und die einstigen Ablenkungen, Lektüre und Theater — er ließ stets für sich allein spielen — machen ihm längst keinen Spaß mehr. Niemand dürfte ihn um sein Schicksal beneiden. Es ist bekannt, daß der Sultan fast gar nichts ißt; man bringt ihm stets mit großem Pomp und in feierlichem Zuge die Speisen, die er bestellt hat. Soldaten geleiten die Gerichte, und wenn sie vorüberziehen, muß sich jedermann tief verneigen; aber Abdul Hamid berührt das Essen kaum und erhebt sich schon nach wenigen Minuten vom Tische. Seine einzige Freude bilden seine Lieblingstiere; er war von jeher ein großer Tierfreund und zeigte sich dafür den Menschen gegenüber um so härter.

Was dr Hannes z'erzähla hot.

„Jetzt halt doch endlich a mol dei Maul“, sait mr geschtert mei Bärbaile „und stand et allaweil am Tor und halt d'Zeit mit dei'm G'schwey et von dr Arbet uf. Selle hent z'schaffet und du hoscht au z'schaffet!“ — „Jetzt hairret a mol, do soll mr et aus'm Häusle fahra, wenn mr so eppas haira muaf“; i soll s' Maul balta! Halt du liaber dei Maul“, hau-n-i g'sait, „deis got no viel besser als meis!“ — „Wenn i schwäg“, sait se no, „no bleib i em Darf und schwäg' von de oigene Leit, wenn du aber a mol ens schwäga kommst, no fahrst en dr ganza Welt rom. D' Leit weant schau bais iber di und saget, du sollst vor deiner oigene Tiar kaihra! — „Ha, no kair du no mit,“ hau-n-i g'sait. „Was ischt denn no, wenn i von allem schwäg. Jetzt ischt a mol so a Zeit, jetzt hent mr Schwägfreiheit und bald sent wieder Wahla en dui Duma, do muaf mr doch wissa, wia's en dr Welt zuagot!“ — „Laß des no gau“ sait je „aus uirem Wähla kommt doch nig G'scheits raus! Was hent'r denn s' airst Mol zäma g'wählt. Uire Bescht' hot mr rausg'schmissa wia d' Lausbuaba“, hot se g'sait. — „Sapperment noch a mol“, sag i no, „no sollet d'Weiber wähla, wenn i' es besser verstandet!“ — „Ha, morom et“, sait se, „wart du no, des kommt au bald. Des hot doch en dr Zeiteng g'standa, daß d' Weiber au a Mol wähla weant und au s' Reacht kriaget, en allem mit z'schwäget! Und bis des et kommt, kommt au toi Ordnung mai en d' Welt.“ — „Zoo,“ hau-n-i g'sait, „do hoscht a Mol wieder eppas G'scheits g'sait. Was s' Schwäga a'b'langt — des Reacht hent'r schau seit'm Sendafall, und s' Paradies ischt doch nemme wiederkomma! I mecht aber wissa, wean d' Weiber wähla weant!“ — „Mir wählat d' Kirchaaltechte,“ sait se no. — „Des ischt reacht, des ischt s' Bescht, a sot-

ticha Duma ischt uf lang“, hau-n-i no gsait, „und en d' Kirch gau miasset mr no au wieder alle Sonntich.“ — „Noi, no got mr gar nemme en d' Kirch“, hot se g'sait, „no wurd's so sei, wias em Evangelium stoht, daß jedes Haus a Kirch ischt und d' Kirchaälteste weant uspassa, daß beim Prediga alle s' Maul haltet,“. No hau-n-i aber lacha miassa und sag: „D Bärbele, Bärbele, i ben doch kei Pfarrer, i ka doch et prediga!“ „Des brauchst du gar et,“ sait sui no, „des mach i no!“ — „Seß halt endlich a Mol dei Maul, Bärbele,“ hau-n-i no g'sait, „und schwäg et so gottlose Sache. Wenn des d'Nochbr hairet, no hauet se me durch, daß i koi Ordaeng und koi Zucht mei em Haus halta ka! Gang du liaber an d'Arbet und i gang au schaffa.“

Kirchliche Nachrichten: Tiflis.

Aufgeboren: zum 3. Mal: Joseph Korckischwili u. Lydia Schöttle, Jakob Breisch u. Wilhelmine Vaidinger, Nikanor Schdanow und Juliana Bander.

Getauft: Frida Olga Mayer.

Gestorben: 1. Johanna Elisabeth Fink, 3 Jahre alt. 2. der Chef der Wegekommunikation Gustav Behrent, im 42-ten Lebensjahre.

Helenendorf.

Getauft: Frida, Tocht. d. Lorenz Desterle; Olga Emilie, Tocht. d. Georg Walfenhan; Sojua, Sohn d. Jakob Klein; Elisabeth, Tocht. der Christoph Bohrer; Hilda Helene; Tocht. d. Ed. Frid; Gotthilf Walter, Sohn d. Gotthilf Hummel.

Getraut: Johannes Krämer mit Elisabetha Frid; Friedrich Maurer mit Pauline Maurer; Gottlieb Lebrecht Bohrer mit Lydia Wilhelmine Strobel; Robert Bohrer mit Berta Strobel; Witwer Christian Zeiser mit Berta Reitenbach.

Briefkasten der Redaktion.

Herrn P. S. in Ssaratow.—Besten Dank für die Zuschrift, welche wir bereits in der heutigen Nummer zum Abdruck gebracht haben.

Verantwortlicher Redakteur

und Herausgeber: Kurt von Kutzschenbach.

Neu eröffnet das Damenhuomagazin von
M-me MARIE 10-8

Aus Paris zurückgekehrt, halte beständig Damenhüte in grosser Auswahl. Auswärtige Bestellungen werden rascher Nachnahme ausgeführt. Halte deutsche Directrice aus Berlin.

Golowinski Prospekt, Haus Mirsojew, gegenüber dem Kaiserlichen Theater.



D. S. Saradschew
Tiflis.
Kaukasischer
COGNAC
naturell, übertrifft viele Sorten französischer Herkunft. 10-7

Die Buchhandlung E. Bruhns in Riga

erfücht Bestellungen auf Weihnachten rechtzeitig ihrem Vertreter Herrn Oscar Wintsch, Tiflis Sudebnaja Nr. 49 zu übermitteln.

W. KESSNER.
Bau & Möbeltischlerei
mit Maschinenbetrieb
empfiehlt sich.
Olgastrasse № 70, Eigenes Haus.
(10-7)

NATIONAL REGISTRIR-KASSEN

Sparen Zeit, Geld und Bedruff, vermindern Verluste im Geschäft; — fast 600 000 Stück im Gebrauch. Auf Wunsch senden wir gern unsere neue Broschüre „Торговому миру“ („Der Handelswelt“). Die Vertreter Gebr. Seibt.

B I L L I G!

TROPENOL hat sich in allen Erdteilen als bester u. hygienischer Ersatz für Blechdächer vorzüglich bewährt.

Kostet nicht! **TROPENOL** hält das Haus im Sommer angenehm kühl im Winter angenehm warm!

Alleiniger Fabrikant: **Herm. Hübner, Hamburg-Riga** gegründet 1869.

Verlangen Sie Broschüren u. Muster durch die Vertreter
GUSTAV LANGE, Tiflis, Weikotnjashestaja Nr. 57.
RUDOLF KAISER, Baku, Wolofaner Garten.

B E Q U E M!